

Finanzausschuss
Wortprotokoll
35. Sitzung

Dienstag, den 30.11.2010, 08:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus,
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1/Schiffbauerdamm

Anhörungssaal 3.101

Vorsitz: Dr. Volker Wissing, MdB

Ö F F E N T L I C H E A N H Ö R U N G

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen

BT-Drucksache 17/3025

und dem Antrag zur Änderung des Tabaksteuergesetzes

Beginn: 8.02 Uhr

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich eröffne die 35. Sitzung des Finanzausschusses zur öffentlichen Anhörung und darf herzlich begrüßen die Experten, die dem Finanzausschuss heute ihren Sachverstand für die Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines 5. Gesetzes zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen auf Bundestags-Drucksache 17/3025 und dem Antrag zur Änderung des Tabaksteuergesetzes zur Verfügung stellen.

Soweit Sachverständige davon Gebrauch gemacht haben, dem Finanzausschuss vorab ihre schriftlichen Stellungnahmen zukommen zu lassen, haben wir diese an alle Mitglieder des Finanzausschusses verteilt. Die Stellungnahmen finden sich auch im Internetauftritt des Finanzausschusses und werden Bestandteil des Protokolls zur heutigen Anhörung.

Ich darf herzlich die Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses begrüßen. Für die Bundesregierung begrüße ich an meiner Seite Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Hartmut Koschyk sowie die Fachbeamten des Bundesministeriums der Finanzen. Ich begrüße auch die Vertreter der Länder und, soweit anwesend, die Vertreter der Bild-, Ton- und Printmedien. Alle als Zuhörer erschienenen Gäste darf ich zu dieser öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses ebenfalls herzlich willkommen heißen.

Zum Thema der heutigen Anhörung. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf auf Bundestags-Drucksache 17/3025 beabsichtigt die Bundesregierung im Wesentlichen EU-Richtlinien hinsichtlich der Struktur und der Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren sowie der Tabaksteuerrichtlinie in nationales Recht umzusetzen. Darüber hinaus werden überwiegend redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Mit dem Antrag zur Änderung des Tabaksteuergesetzes sind über einen Zeitraum von fünf Jahren regelmäßige moderate, das Tabaksteueraufkommen optimierende Tabaksteuererhöhungen für Zigaretten und Feinschnitt vorgesehen. Die moderaten Steuererhöhungen sollen verhindern, dass die Konsumenten verstärkt auf den Schmuggel und legale Grenzeinkäufe ausweichen und damit die auf der Ebene der Europäischen Union erreichten Anhebungen der Mindeststeuern, zwecks einer Verringerung des Preisabstandes zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten, konterkariert werden. Gleichzeitig sollen die Steuererhöhungen zu Mehreinnahmen führen und zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes beitragen.

Zum Zeitplan der Gesetzesberatung. Nach dem Zeitplan des Finanzausschusses ist der Abschluss bereits für den morgigen Mittwoch, den 1. Dezember 2010, geplant. Die zweite und dritte Lesung im Plenum des Deutschen Bundestages ist für Freitag, den 3. Dezember

2010, vorgesehen. Die Fraktionen haben sich verständigt, für die heutige Anhörung einen Zeitrahmen von zwei Stunden vorzusehen, also bis etwa 10.00 Uhr. Nach dem bewährten Verfahren sind höchstens zwei Fragen an einen Sachverständigen oder eine Frage an zwei Sachverständige zu stellen. Die fragstellenden Kolleginnen und Kollegen werden gebeten, stets zu Beginn ihrer Frage den oder die Sachverständige zu benennen, an den sich die Frage richtet. Ich bitte auch die Fraktionen, wie üblich, die Fragestellerin und Fragesteller im Vorhinein bei mir anzumelden. Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Anhörung im Hauskanal des Deutschen Bundestages direkt übertragen wird. Zur Anhörung wird ein Wortprotokoll erstellt. Zu diesem Zweck wird die Anhörung mitgeschnitten. Zur Erleichterung derjenigen, die unter Zuhilfenahme des Mitschnitts das Protokoll erstellen, werden die Sachverständigen vor jeder Abgabe vom Vorsitzenden namentlich aufgerufen. Ich bitte Sie, das Mikrofon zu benutzen und dieses am Ende Ihrer Redebeiträge wieder abzuschalten. Wir kommen damit in die erste Fragerunde, und ich darf für die Fraktion der CDU/CSU das Wort Frau Kollegin Patricia Lips erteilen.

Patricia Lips (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, vielen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Schwerpunkt dieses Gesetzgebungsverfahrens und jetzt unabhängig von den Bestandteilen der Richtlinie an sich, liegt, und wir haben es gehört, in einer moderaten und stufenweise Erhöhung der Tabaksteuer, auch bei einer gleichzeitigen Verringerung der steuerlichen Spreizung innerhalb aller Tabakprodukte selber. Die Frage, die mich zunächst an dieser Stelle interessiert, ist die Einschätzung insbesondere auch im Hinblick auf das zu erwartende Steueraufkommen. Meine Frage würde ich gerne an den Deutschen Zigarettenverband und Professor Wigger richten.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wer übernimmt die Beantwortung für den Deutschen Zigarettenverband? Bitte, Herr Schenk.

Sv Ad Schenk (Deutscher Zigarettenverband e. V.): Die uns vorliegenden Annahmen und Berechnungen für dieses Modell gehen davon aus, dass es ab 2011 bei der Einführung des Modells zu einer, glaube ich, ersten Erhöhung, zu Mehreinnahmen von 200 Mill. Euro in 2011 kommt, bis über die Laufzeit - da muss ich mich entschuldigen -, ich glaube, zu einer Gesamterhöhung von 800 Mill. Euro kommt, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Ist damit Ihre Frage beantwortet? Entschuldigung, ich habe hier von meinem Kollegen das Papier bekommen, bis 2015 geht die Berechnung davon aus, dass es zu Mehreinnahmen in Höhe von einer Mrd. Euro kommen wird.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank, Herr Schenk, die Frage richtet sich dann an Herrn Professor Wigger. Bitte, Sie haben das Wort. Bitte verwenden Sie noch das Mikrofon.

Sv Prof. Dr. Berthold U. Wigger: Ich gehe davon aus, dass die Gesetzesänderung so gestaltet ist, dass in der Tat das Einnahmeziel im Vordergrund steht. Ich habe in der Kürze der Zeit

jetzt nicht genau nachrechnen können, inwieweit die Prognosen hinsichtlich der Mehreinnahmen zutreffend sind. Sie erscheinen mir allerdings in den Grenzen moderat und vor dem Hintergrund der Ausgestaltung der Gesetzesänderung durchaus vernünftig.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank, die nächste Frage stellt Frau Kollegin Arndt-Brauer für die Fraktion der SPD.

Ingrid Arndt-Brauer (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Professor Wigger, ich möchte gleich nochmal nachhaken und habe noch eine Frage an Professor Adams. Das vorgelegte Modell ist ja mit dem Finanzministerium und der Industrie entwickelt worden, und es hat eigentlich nur Gewinner vor sich. Nach Überzeugung der Beteiligten entstehen Ertrags- und Planungssicherheit für die Wirtschaft, beträchtliche Steuereinnahmen für den Bund und verbesserter Jugendschutz. Teilen Sie den Optimismus auch? Und an Professor Adams habe ich die Frage, ob er von langfristigen Steuermehreinnahmen ausgeht, denn die letzten Erhöhungen haben diese dauerhaft nicht gebracht, und wie er die gesellschaftlichen Kosten sieht.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Herr Professor Wigger bitte.

Sv Prof. Dr. Berthold U. Wigger: Ich teile den Optimismus, was das Einnahmeziel anbelangt. Ich teile den Optimismus nicht so sehr, was den Jugendschutz anbelangt. Das hat insbesondere mit der schrittweisen Erhöhung der Tabaksteuer zu tun. Was wir wissen, ist, dass besonders neue Raucher, und das sind im allgemeinen Jugendliche, recht elastisch reagieren auf höhere Zigarettenpreise, und das gilt natürlich um so mehr, je stärker die Anhebungen sind. Mehrere schrittweise Erhöhungen werden vermutlich hier zu geringeren Ausweichreaktionen führen. Sie haben typischerweise so etwas wie, ich nenne es mal Trade-off: Wenn Sie anfangs mit einer starken Erhöhung reingehen, dann führt das kurzfristig zu Mehreinnahmen, gleichzeitig führt das aber typischerweise auch dazu, dass es zu weniger neuen Rauchern kommt, und das heißt, mit einmaligen deutlichen Erhöhungen können Sie typischerweise nicht so sehr das Tabaksteueraufkommen länger stabilisieren. In diesem Sinne würde ich meinen, ist die jetzige Gesetzesänderung optimiert. Sie zielt nämlich auf Mehreinnahmen, und sie internalisiert auch die Ausweichreaktionen, die man versucht dadurch abzuschwächen, dass man stufenweise vorgeht.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank, Herr Professor Adams bitte.

Sv Prof. Dr. Michael Adams: Wir haben nachgerechnet, was das Bundesfinanzministerium als Steuermehreinnahmen geschätzt hat. Wir sind leider nur auf 130 Mill. Euro gekommen, denn die sogenannte Aufkommenselastizität ist nur 0,44 bei bisherigen Tabaksteuererhöhungen, und das hieße, dass es bei einer zehnprozentigen Erhöhung der Steuer nur um 4,4 Prozent geht. Das erscheint uns also um fast 40 Prozent zu optimistisch.

Wir empfehlen, dass insbesondere beim Feinschnitt deutlich angezogen wird. Wir empfehlen natürlich auch, dass die Steuer insgesamt erheblich stärker angezogen wird. Sie haben zwar dann folgenden Effekt, den der Kollege Wigger beschrieben hat, Sie haben zwar kurzfristig höhere Tabaksteuereinnahmen, aber Sie gewinnen bei der Gesundheit der Kinder ganz enorm. Die Kinder reagieren sehr elastisch auf Tabaksteuererhöhungen. Das ist also das beste Jugendschutzprogramm, was wir haben, und ob Sie es wollen oder nicht, Sie sind im Grunde im Moment der entscheidende Gesundheitsausschuss, der sozusagen die ganze Prävention regelt. Deshalb die Empfehlung, da in die Höhe zu gehen. Was häufig übersehen wird ist, wenn Sie geringere Tabaksteuererhöhungen auf die Dauer haben, fallen die Ersatzraucher, die für die sterbenden oder die aufhörenden Raucher eintreten, weg, und es steigen andere Steuern, vor allem die Einkommensteuer. Es ist bekannt in der Literatur, dass Raucher einfach durch gesundheitliche Schäden vor allem in den Jahren, wenn sie ihr höchstes Einkommen erreichen, deutlich zurückfallen. Und das ist klar, man kann es wie eine Maschine begreifen, wenn Sie Sand rein streuen, arbeitet sie nicht mehr so gut. Sie verlieren an dieser Stelle Einkommensteuer. Wir haben das durchgerechnet, zwei Mrd. Euro verlieren Sie auf lange Dauer an Einkommensteuer. Wenn Sie dann in die Rentenversicherung gehen, ist das analog, auch wenn Sie die Übersterblichkeit der Raucher gegenrechnen, durch die Sie in der Rentenversicherung sparen. Man muss das rational sehen, man muss alle Steuersysteme begreifen, um zu sehen, was hier passiert. Letzten Endes nochmal, wir plädieren für Erhöhungen, Sie gewinnen gesündere Bürger, Sie bekommen die Steuern an anderer Stelle überkompensiert, das alles jetzt auf lange Frist gesehen. Kurzfristig ist immer klar, Sie gewinnen erst einmal höhere Steuereinnahmen.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank. Frau Kollegin Reinemund stellt die nächste Frage für die Fraktion der FDP.

Dr. Birgit Reinemund (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte direkt an dieses Thema anknüpfen und meine Frage geht an Herrn Dr. Effertz von der Uni Hamburg und an den Deutschen Zigarettenverband und ich bitte Sie beide um Ihre Einschätzung der Auswirkung der Tabaksteuererhöhung und der Reduktion der Preisspreizung auf das Käuferverhalten. Wie schätzen Sie die Entwicklung ein?

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Herr Effertz bitte.

Sv. Dr. Tobias Effertz (Universität Hamburg): Jetzt muss ich noch einmal nachfragen. Wie meinen Sie das mit den Steuermehreinnahmen, wie sie sich auswirken?

Dr. Birgit Reinemund (FDP): Nein, nicht die Steuermehreinnahmen. Ich bitte Sie um Ihre Einschätzung, wie die Tabaksteuererhöhung das Käuferverhalten ändern wird und welche Auswirkungen die Reduzierung der Preisspreizung auf die einzelnen Produktgruppen hat.

Sv Dr. Tobias Effertz (Universität Hamburg): Ich bin der Ansicht, dass es hier aufgrund der schon erwähnten höheren Reaktion bei den Kindern dazu führen wird, dass weniger Kinder anfangen werden zu rauchen. Auf der anderen Seite wird langfristig bei den Rauchern auch ein Nachfragerückgang stattfinden, aber eben nicht so schnell, und da ist wieder dieser Trade-off, von dem wir gehört haben, dass langfristig dadurch andere Steuern entsprechend erhöht werden können. Bei der Spreizung ist es in der Vergangenheit so gewesen, dass starke Ausweichbewegungen stattgefunden haben zwischen den regulären Filterzigaretten und dem sogenannten Feinschnittprodukt. Jetzt ist es so in dem vorliegenden Vorschlag, dass die Produkte zumindest ein bisschen preislich aneinander angeglichen werden sollen, Entschuldigung, steuerlich, und dadurch natürlich hoffentlich preislich, und dass dadurch natürlich die Ausweichreaktionen entsprechend abgefedert werden können.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Vielen Dank, Herr Effertz. Wir kommen dann zum Deutschen Zigarettenverband, Herr Schenk bitte.

Sv Ad Schenk (Deutscher Zigarettenverband): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir gehen, aufgrund der Erfahrungen vor allen Dingen auch mit den überproportionalen Steuererhöhungen im Zeitraum 2002 bis 2005, die zu erheblichen Verwerfungen im Markt geführt haben, auch im Sinne des Anstiegs nicht in Deutschland versteuerter Ware, davon aus, dass dieses Modell marktverträglicher sein wird, dass es also nicht zu massiven Erhöhungen im Zufluss von nicht in Deutschland versteuerter Ware kommen wird. Wir gehen davon aus, dass im Wesentlichen die bestehenden Preissegmentierungen, die es im deutschen Zigaretten- und Tabakmarkt gibt, dadurch moderat weitergeführt werden. Wenn ich noch eine Anmerkung machen darf zum Thema Preise und Einstieg für Kinder und Jugendliche, möchte ich diesen Kreis gern nochmal daran erinnern, dass wir in Deutschland ein Abgabeverbot für Tabakprodukte an unter 18-Jährige haben und ich keinerlei Hinweise darauf habe, dass der deutsche Einzelhandel, in welcher Form auch immer, dieses Abgabeverbot nicht einhält, unabhängig von der Preisgestaltung.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank. Wir kommen dann zur Fraktion DIE LINKE. Das Wort hat Frau Kollegin Dr. Barbara Höll.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE.): Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte meine erste Frage an Frau Uhl vom DGB richten. Wir haben jetzt schon einige Aspekte gehört, auch die gesundheitlichen Aspekte. Die Änderung der Tabaksteuer ist Teil des Sparpaketes und wurde ehrlicherweise auch offen fiskalisch begründet, denn sie soll die eingeplante, aber nicht realisierte Mehreinnahme im Bereich der Besteuerung von Energiekonzernen kompensieren. Wie beurteilen Sie nun in diesem Zusammenhang die Erhöhung der Tabaksteuern und vor allem unter dem Aspekt Sparpaket und Steuergerechtigkeit? Meine zweite Frage geht an den Bundesverband des Tabakwareneinzelhandels e. V. und Verband der deutschen Rauchtobakindustrie. Laut Pressemitteilung des Bundesfinanzministeriums

fand am 24. November ein Fachgespräch mit tabakwirtschaftlichen Themen zwischen Bundesregierung, Industrie und Handel statt, schwerpunktmäßig mit der Frage, die jetzt hier de facto mit anklang, die Frage der Elastizität, das heißt, die Fragen Ausweichen, Kampf gegen illegalen Handel mit Tabakprodukten. Da würde mich interessieren, welches Ergebnis dieses Gespräch brachte, insbesondere hinsichtlich der genannten Ansatzpunkte, also die Frage der Ausweichreaktionen von Raucherinnen und Rauchern.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Ich frage noch einmal nach, an wen Sie die zweite Frage gerichtet haben.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE.): Das ist mir eigentlich egal, wer von den beiden, wir nehmen den Tabakwareneinzelhandel e. V..

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Zunächst einmal an den Deutschen Gewerkschaftsbund, wer übernimmt das? Frau Uhl, bitte.

Sve Dr. Susanne Uhl (Deutscher Gewerkschaftsbund): Vielen Dank. Bezogen auf die Frage nach dem Sparpaket und wie sich sozusagen diese Tabaksteuer darin ausnimmt, muss man feststellen, dass das Sparpaket, was irgendwann mal verabschiedet worden ist, immer in der Selbstdarstellung der Koalition davon ausgegangen ist, dass man eine Drittelgewichtung hat, nämlich ein Drittel wird den Menschen auferlegt, ein Drittel der Wirtschaft und ein Drittel ist sozusagen nochmal Selbstverpflichtung. Dieses Sparpaket war von Anfang an so nicht gewichtet. Darüber haben auch lange Diskussionen stattgefunden, aber während des Prozesses hat noch einmal eine Umgewichtung stattgefunden, und zwar wurden die Einsparungen, die es im Subventionsabbau bei der Öko-Steuer geben sollte, offensichtlich ersetzt durch Tabaksteuererhöhungen, weil das nicht durchsetzbar war. Gleichzeitig gibt es auch den Prozess im Zusammenhang mit den Hartz-IV-Regelsätzen und der Neuberechnung, und auch da spielten plötzlich RaucherInnen eine Rolle, nämlich die armen RaucherInnen, in deren Regelsätzen bis dato noch - natürlich in geringem Umfang - Genussmittel, zu denen ja auch alkoholische Getränke gehören, zu finden waren. Das sollte nun plötzlich herausgenommen werden quasi als erzieherische Maßnahme gegenüber Hartz-IV-EmpfängerInnen. Allein das ist für uns schon Grund genug zu sagen, nein, das kann nicht sein, dass diese Politik jetzt plötzlich auf dem Rücken derjenigen, die es sich tatsächlich nur noch schwerer leisten können als bisher, ausgetragen wird. Wir haben eben schon gehört, Herr Wigger hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Raucher relativ elastisch auf leichte Preiserhöhungen reagieren, und es wird natürlich auch in diesem Fall so sein. Die Menschen werden sich nicht gehemmt fühlen, bei dieser Art der Erhebung das Rauchen einzustellen in großer Linie, sondern es wird einfach nur eine Verteuerung für diejenigen mit sich bringen, die die geringsten Einkommen haben. Aus diesem Grund allein ist das eine Maßnahme, die wir so nicht mittragen können und möchten. Daneben muss man ja auch mal feststellen, dass EU-richtlinienmäßig nicht angelegt ist, dass Sie die Tabaksteuer erhöhen

müssen. Im Gegenteil könnte man sogar sagen, Sie erschweren das, was man europaweit erreichen will, nämlich sozusagen eine Angleichung der Steuersätze in Europa, dass es nicht zu Ausweichreaktionen kommt hin zum kleinen Grenzverkehr oder gar in den Bereich Tabakschmuggel. Es gibt ja, wenn man reinguckt, bis zu 600 Prozent unterschiedliche Kosten für Tabakwaren in den Anrainerstaaten, und das lässt nicht darauf schließen, dass das zu einer Annäherung führt. Die Annäherung in Europa hätte zur Folge oder soll ja auch zur Folge haben, dass der Tabakschmuggel eher eingedämmt wird. Ich würde die Frage gerne kurz an meinen Kollegen Heilmann weitergeben, der viel mehr als ich mit den Fragen befasst ist.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Bitte, Herr Heilmann, wenn Sie noch ergänzen möchten.

Sv Micha Heilmann (Deutscher Gewerkschaftsbund): Ich will das nur kurz ergänzen. Aus unserer Sicht ist die derzeitige Erhöhung insgesamt abzulehnen, weil sie ungerecht ist, und sie wird auch nicht die prognostizierten Mehreinnahmen bringen. Nun ist das bei Prognosen immer schwierig mit dem Blick in die Zukunft, das heißt, wir halten die Erhöhung der Tabaksteuer zum derzeitigen Zeitpunkt nicht für geboten, und zu den gesundheitlichen Aspekten muss man sagen, dass das Gesetz ehrlicherweise nicht mit Gesundheitsaspekten begründet worden ist, sondern rein mit fiskalischen. Wir haben jetzt schon einen erheblichen Anteil an geschmuggelten Zigaretten und unsere Befürchtung ist, dass dieser Anteil steigt mit der Folge, dass man sozusagen auch Organisierte Kriminalität stützt, und deshalb macht eine derartige Tabaksteuererhöhung zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Sinn. Ist die Frage damit soweit beantwortet?

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank, wir danken für die Präzisierung und kommen jetzt zum Bundesverband der Deutschen Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller, Herr Zenner bitte.

Sv Carsten Zenner (Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e. V.): Herr Vorsitzender, wenn ich die Frage richtig verstanden habe, geht es um das Fachgespräch am 24. November. Unsere Einschätzung ist, dass wir es sehr wohl begrüßt haben, dass überhaupt ein politischer Dialog ressortübergreifend auch zu dem Problemfeld nicht in Deutschland versteuerter Tabakwaren stattgefunden hat. Der Sinn und Zweck war, überhaupt mal einen Meinungsaustausch zwischen verschiedenen Verbänden der Tabakwirtschaft und den entsprechenden Ressorts über dieses Problem herzustellen, und ich denke auch, es war sehr fruchtbar in der Fragestellung des Informationsaustausches beispielsweise zwischen Tabakwirtschaft, Zoll, Polizeibehörden in Bezug auf das Aufbringen von nicht in Deutschland versteuerten Zigaretten, aber auch im Hinblick auf diverse rechtliche Fragestellungen. Das Ergebnis ist letztendlich, dass diverse rechtliche Probleme wie auch die Fragen des Informationsaustausches wie auch übergreifende Fragestellungen, auch Richtung internationaler Regulierung, weiter im Fokus der

fortführenden Diskussion stehen werden, und im Ergebnis stand auch, dass wir uns verabredet haben, diesen Dialog auch in Zukunft fortzuführen.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank. Wir kommen damit zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Frage stellt dort Frau Kollegin Paus.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Angesichts der letzten Runde stelle ich meine gesundheitspolitischen Fragen noch eine Runde zurück und fange jetzt auch mal mit den verteilungspolitischen an und frage Herrn Professor Dr. Wigger. Welche verteilungspolitischen Konsequenzen denken Sie, hat diese rein fiskalisch motivierte Anhebung der Tabaksteuer, und könnten Sie vielleicht auch etwas dazu sagen, wenn man tatsächlich einen einheitlichen Tabaksteuersatz für alle Rauchwaren wählen würde, welche verteilungspolitischen Konsequenzen das hätte auf die verschiedenen Nutz- oder Rauchergruppen? Hätten Sie dazu eine Einschätzung? Eine zweite Frage auch an Sie, das kann man ja nicht hinten runterfallen lassen, das Thema Schwarzmarkt und Schmuggel von Zigaretten in dem Kontext. Was meinen Sie, welche Konsequenzen hat diese geplante Tabaksteuererhöhung auf den Schmuggel und das cross border shopping?

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Herr Professor Wigger, Sie haben das Wort.

Sv Prof. Dr. Berthold U. Wigger: Zu den Verteilungskonsequenzen einer Erhöhung der Tabaksteuer Folgendes: Tabaksteuern wirken im allgemeinen eher degressiv, und das hat ganz einfach damit zu tun, dass untere Einkommensschichten, das überrascht natürlich nicht, einen größeren Anteil ihres Einkommens für Tabakprodukte ausgeben. Das ist der eine Effekt, aber den Effekt haben wir natürlich auch bei anderen Waren, insbesondere Grundnahrungsmitteln usw., aber ein zweiter Effekt, der noch dazu kommt ist, dass innerhalb von ärmeren Einkommensschichten auch absolut mehr geraucht wird, so dass wir es also bei der Tabaksteuer mit einem doppelt degressiven Verteilungseffekt zu tun haben. Insofern muss man sich immer fragen, wenn man die Tabaksteuer erhöht und wenn man dieses insbesondere mit dem Einnahmeziel tut, dann stellt sich immer auch die Frage, ob vielleicht aus rein steuersystematischer Perspektive die Frage, wie kommen wir an das Geld der Leute heran, vielleicht ein bisschen schlicht ist. Man muss dann vielleicht noch Zusätzliches hinzunehmen.

Was nun die Frage des einheitlichen Steuersatzes anbelangt, müsste man zunächst einmal klären, was eigentlich mit einem einheitlichen Steuersatz gemeint ist. Denn wir haben es ja bei der Tabaksteuer mit einer Kombination aus einer Mengen- oder Stücksteuer und einer Wertsteuer zu tun, und wenn wir jetzt nochmal übergehen zu dem Lenkungsaspekt oder gesundheitspolitischen Aspekt, den die Tabaksteuer ohne Zweifel auch haben soll, dann ist zunächst einmal klar, dass sich das leichter realisieren lässt über eine Stücksteuer. Mit der Stücksteuer können Sie, natürlich vorausgesetzt, Sie haben eine Vorstellung davon, was die

gesundheitspolitischen Kosten sind, diese einfach direkt pro Zigarette oder welcher Mengeneinheit auch immer, einpreisen. Das geht bei einer Wertsteuer weniger gut, weil die Wertsteuer ganz einfach von der Preisgestaltung der Anbieter bzw. vom Marktergebnis abhängt. Nun ist es allerdings schwierig, sich einen einheitlichen Mengensteuersatz vorzustellen, weil wir nun mal bei den Tabakwaren unterschiedliche Mengenformen haben, in denen sie dargereicht werden. Das Zweite ist, das Mengensteuern und Wertsteuern unterschiedliches Verhalten seitens der Anbieter hervorrufen. Ich will Ihnen das an einem Beispiel demonstrieren. Wenn Sie hingehen und mit einer einheitlichen Mengensteuer Tabakwaren besteuern, dann schafft das typischerweise bei den Anbietern Anreize, weniger in Qualitätsverbesserungen zu investieren, das hat ganz einfach mit der Tatsache zu tun, dass Qualitätsverbesserungen, die auf den Preis überwältigt werden, durch eine Wertsteuer zum Teil abgeschafft werden, durch eine Mengensteuer werden sie nicht abgeschafft.

Dann war Ihre Frage, wie sieht es mit dem Schmuggel aus und dem cross border shopping. Das cross border shopping und der Schmuggel haben in der Vergangenheit eine der Ausweichreaktionen dargestellt, und hier würde ich meinen, dass das in Zukunft - das ist natürlich nicht ausgeschlossen - vermutlich weniger virulent sein wird als bisher, was ganz einfach mit der Tatsache zu tun hat, dass es eben parallel eine Bestrebung der Harmonisierung der Tabakbesteuerung in Europa gibt.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank, Herr Professor Wigger. Wir kommen zur Fraktion der CDU/CSU, das Wort hat der finanzpolitische Sprecher der Fraktion der CDU/CSU, Leo Dautzenberg.

Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte meine Frage richten an den Verband der deutschen Rauchtobakindustrie. In der aktuellen Diskussion wurde auch schon dargestellt, dass wir vielfach zu niedrig besteuerten Feinschnitt haben. Davon ist sehr oft die Rede. Herr Marx, könnten Sie vielleicht Angaben zur Besteuerung von Feinschnitt machen, und was würde eine Gleichbesteuerung von Feinschnitt mit der Industriezigarette für Handel und Konsumenten bedeuten?

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Bitte Herr Marx.

Sv Franz Peter Marx (Verband der deutschen Rauchtobakindustrie e. V.): Vielen Dank für Ihre Frage. Alle Tabakerzeugnisse haben eine unterschiedliche Belastungsfähigkeit. Das ist nicht nur in Deutschland fiskalisch festgelegt, sondern auch auf der europäischen Ebene im Rahmen der Richtlinie, und die Belastungsfähigkeit des Feinschnitts orientiert sich insbesondere auch daran, dass Feinschnitt-Tabake ein Halbfertigprodukt sind, das heißt, der Konsument muss sich aus dem Tabak und einem Zigarettenpapier, Blättchen oder Hülsen eine Zigarette fertigen. Feinschnitt-Tabake werden überwiegend von mittelständischen Unternehmen hergestellt und die Konsumenten von Feinschnitt-Tabaken sind überwiegend

preissensible Konsumenten, die auch in sozial schwächer gestellten Bevölkerungskreisen anzutreffen sind. Das zur Belastungsfähigkeit. Des weiteren ist auch zu sehen, dass dem Feinschnitt aufgrund einer niedrigeren Besteuerung ein so genannter Puffereffekt zukommt. Dieser Puffereffekt zeigt sich insbesondere auch im Hinblick auf die Frage der Grenzverlagerungen. Konsumenten gehen nicht in den Schmuggel hinein oder kaufen ihre Zigaretten im Rahmen des Grenzverkaufs, sondern kaufen Feinschnitt und damit auch legal in Deutschland versteuerte Produkte. Was die Frage einer Gleichbesteuerung angeht, so würden wir befürchten, dass, wenn es zu einer Gleichbesteuerung kommen würde, die Rate des Schmuggels und der cross border sales weiter zunehmen würde und damit auch die fiskalische Zielsetzung, nämlich die Optimierung des Fiskaleinkommens aus der Tabaksteuer, verloren gehen würde. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wir danken Ihnen, Herr Marx, und kommen zur Fraktion der SPD. Das Wort hat der Kollege Lothar Binding.

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD): Ich möchte den Herrn Jazbinsek und den BDZ, Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft fragen. Den Herrn Jazbinsek würde ich um eine Gesamtschau bitten, auch über das, was jetzt schon oft gesagt wurde hinsichtlich der Wirkung oder des Verhaltens von Rauchern auf eine stufenweise Einführung, da gibt es ja auch Erfahrungen in der Vergangenheit, und bezogen auf die Steuerspreizung, nennen wir die Beispiele Feinschnitt und Zigarettentabak, aber auch schon auf das eben Gehörte zum Thema soziale Wirkung und gesundheitliche Folgen. Und den BDZ würde ich gerne fragen nach seinen Erfahrungen mit Schmuggelware, zusammenhängend damit Kriminalität und fiskalische Wirkung, aber auch, ob es Erkenntnisse darüber gibt, ob sich die Quelle von Schmuggelware nicht auch gelegentlich in Deutschland findet, weil wir ja eine Preisspreizung im Ausland haben, die sehr hoch ist. In Deutschland kostet eine Schachtel fast fünf Euro, es gibt aber Länder, da kostet die gleiche Schachtel nur 50 Cent, und dann gibt es auch gewisse Rückflüsse über den Schmuggelkanal zurück in Deutschland. Ob Sie diese Beobachtung, die mir jemand vorgetragen hat, bestätigen können.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Vielen Dank, Herr Jazbinsek bitte.

Sv Dietmar Jazbinsek: Guten Tag. Ich habe acht Jahre hier in Berlin als Gesundheitswissenschaftler im Forschungsverbund Public Health gearbeitet. Seit fünf Jahren beschäftige ich mich mit der Tabak-Lobby in Deutschland. Die Tabakindustrie sagt, dass Steuererhöhungen zwangsläufig zu mehr geschmuggelten Zigaretten in Deutschland führen. Das ist nicht unbedingt der Fall, wenn Sie sich die vergangene Tabaksteuererhöhung ansehen, dann hat die zu einem deutlich geänderten Rauchverhalten in Deutschland geführt. Wir haben weniger Raucher, das zeigt die Studie des Robert-Koch-Instituts, etwa zwei Prozent ist die Raucherquote bei Erwachsenen zurückgegangen. Die Leute, die weiter rauchen, rauchen weniger. Das zeigt eine Studie vom Institut für Therapieforschung in Kiel,

die haben über 8 000 Raucher danach befragt. Und wir haben weniger Jugendliche, die mit dem Rauchen anfangen. Das zeigt die Drogenaffinitätsstudie der Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung. Das sind alles positive Effekte, von denen eine Bevölkerungsgruppe nicht profitiert - das sind die Geringverdiener und Arbeitslosen. Hier wird weiter viel geraucht, und die weichen dann auf billigere Produkte aus, billigere Produkte wie Feinschnitt. Der Verband der Rauchtabakindustrie weist darauf hin, dass seine Produkte im wesentlichen von Geringverdienern konsumiert werden. Wenn man bei denen etwas bewirken will in Richtung größere Lebenserwartung, besserer Gesundheitszustand, dass die soziale Kluft zwischen unseren Gesellschaftsschichten verringert wird, dann muss man etwas bei dem Rauchverhalten der Geringverdiener verändern, und das kann man ganz einfach dadurch tun, dass man den Feinschnitt stärker besteuert als das heute der Fall ist, dass man ihn an den Steuertarif für Zigaretten angleicht. Zwei Bedingungen dafür müssten allerdings zusätzlich erfüllt werden. Erstens, Sie können die Geringverdiener, Alleinerziehenden, die Rentner mit sehr geringen Einkommen nicht alleine lassen mit dem Problem der Raucherentwöhnung. Wie bei Hartz IV war das ja auch der Fall, dass einfach der Tabaketat gestrichen wurde. Wenn man aber mit dem Tabakrauchen aufhören will, ist das möglicherweise teuer, wenn man Nikotinersatzpräparate kauft. Die bestehenden Raucherentwöhnungsangebote erreichen die Kampfraucher in Neukölln nicht. Wir brauchen also in Deutschland zielgruppenspezifische Angebote zur Raucherentwöhnung. Dann ist eine Steuererhöhung beim Feinschnitt sinnvoll. Zum zweiten brauchen wir, und das ist auch die Ansicht der Gewerkschaft der Polizei, nicht nur ein Lamentieren über den Zigarettschmuggel in Deutschland, sondern wir brauchen ein umfassendes, nationales Konzept zur Schmuggelbekämpfung, so wie es das in Spanien und in Großbritannien gegeben hat. Dann können Sie deutlich die Schmuggelraten senken. Sie erhöhen die Tabaksteuereinnahmen und Sie können sehr viel gegen die Organisierte Kriminalität tun. Wenn man das in dieser Gesamtschau sieht, dann ist die jetzige Regelung, den Feinschnitt nur bis zu zwei Dritteln an den Steuertarif für Zigaretten heranzuführen, unzureichend.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank. Die nächste Frage richtet sich an die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Herrn Leprich.

Sv Klaus H. Leprich (Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft): Vielen Dank. Man kann sich diesem Thema einmal wissenschaftlich nähern und in die Zukunft projizieren und überlegen, wie wird sich das weiter entwickeln. Man kann sich dieser Geschichte aber auch mal pragmatisch annehmen und auch mal einen Blick zurückwerfen, denn wenn ich nach vorn gehen will, muss ich auch mal schauen, wo komme ich her, was ist in den letzten Jahren passiert? Und wenn wir die fünf Tabaksteuererhöhungen sehen im Zeitraum 2002 bis 2005, ich erinnere mich sehr gut an die Anhörung im Jahr 2003 mit fast identischen Argumenten, mussten wir hinterher feststellen, dass die erwarteten Steuermehreinnahmen nicht realisiert werden konnten. Wir haben aber festgestellt, und da gehe ich mal konkret auf

die Frage ein, dass die damals befürchteten und prognostizierten Entwicklungen auf dem Schwarzmarkt im vollen Umfang eingetroffen sind. Wir haben seit 2002 eine Verfestigung des Schwarzmarktes in Deutschland, sagen wir so, auch des Marktes mit unversteuerten Zigaretten. Ich will nicht sagen, dass das stagniert, aber es bewegt sich auf einem einheitlichen Niveau, und die Erfahrung ist auch da, das steht ja auch in der Begründung zum Änderungsgesetz drin, dass wir sogar leichte Rückgänge im Tabaksteueraufkommen haben und jetzt entsprechend gegengesteuert werden soll, auch mit dem hier schon erörterten, beabsichtigten Verbraucherverhalten zum stärkeren Konsum, weg von Ausweichprodukten, weg von Feinschnitt, hin mehr zu Zigaretten, um diesen Markt in dieser Form zu stabilisieren. Die Geschichte ist sehr vielfältig, und wir haben gemeinsam miteinander ein ganz großes Problem, dass wir nicht über eine einzige absolut gesicherte Statistik verfügen, wie hoch ist eigentlich der Schwarzmarkt in Deutschland, wie hoch oder wie setzt sich der Markt auch tatsächlich exakt, detailliert hier zusammen im Bereich des Konsums unversteuerter Zigaretten.

Es ist schon angesprochen worden, der Bereich cross border, der natürlich eine ganz, ganz große Rolle spielt. So lange wir ein derart großes Gefälle innerhalb der Europäischen Union haben, wird immer der Anreiz dazu da sein, gerade in den grenznahen Regionen, im benachbarten Ausland sehr günstig zu erwerbende Zigaretten zu konsumieren. Das zeigt sich auch in einer Untersuchung, die die Zigarettenindustrie durchführt, vom TÜV Berlin-Brandenburg auch geprüft. Da mag man auch dazu stehen, wie sehr es das verifiziert, wie sicher sind die Ergebnisse, aber sie bieten zumindest Anhaltspunkte, Anhaltspunkte über das Verbraucherverhalten und auch darüber, in welchem Umfang unversteuerte Zigaretten konsumiert werden. Hier ist der Ansatz schon vorgetragen worden, ich kann den nur bestätigen, und ich gehe davon aus, dass Herr Dr. Keller vom Zollkriminalamt in diese Diskussion mit eingebunden wird, weil er dort auch der viel größere Fachmann ist, was die Bekämpfung von Schmuggel betrifft. Ich gehe davon aus, wenn wir es schaffen würden, die Spreizung der Preise in der Gemeinschaft zu beseitigen, das heißt, auf ein einheitliches Niveau zu bringen, dass wir dann zumindest den Bereich der cross border-Geschäfte abgewehrt hätten.

Aber auch die Frage der geschmuggelten Zigaretten ist doch nach wie vor virulent und muss berücksichtigt werden, die ja auch unterschiedlich sind. Da haben wir einmal den ganz großen Komplex der gefälschten Produkte mit dem Schwerpunkt China, Produktfälschung, wo es ja nicht nur um die Frage Tabaksteuer geht, sondern auch um die Bekämpfung dieser Kriminalitätsform. Das ist der eine Bereich. Der zweite ganz große Bereich, Jin Ling, die berühmte tolle Zigarette aus dem Ostblock, ohne Werbung, und die noch über dem normalen Schadstoff hinaus weiterhin schädliche Inhaltsstoffe beinhaltet, ist mittlerweile unter den Top Ten auf dem deutschen Markt. Das ist doch bezeichnend, dass in der Tat durch die Spreizung der Preise, durch das Preisgefälle von uns rüber zu den Nachbarstaaten die

Kriminalitätsaktivität angekurbelt wird. Deshalb bin ich auch fest davon überzeugt, nicht nur ich, sondern auch die Kolleginnen und Kollegen, mit denen wir einen sehr engen Kontakt haben, auch aus den Gesprächen mit der Zigarettenindustrie, mit dem Handel, dass diese Tabaksteuererhöhung, die wir jetzt haben mit dem Ziel, Mehreinnahmen zu erzielen, nicht das bringen wird, was man sich erwartet hat, sondern dass wir auf dem Niveau, das wir bisher haben, auch weiter stagnieren werden. Was das Inland betrifft, wäre es vielleicht sinnvoll, Dr. Keller zu befragen, denn es gibt natürlich auch innerhalb der Gemeinschaft und innerhalb der Bundesrepublik Deutschland Herstellungsbetriebe, illegale Herstellungsbetriebe, die Zigaretten produzieren und den Markt mit beeinflussen. Hinsichtlich der erwarteten Mehreinnahmen bitte ich doch zu berücksichtigen, das sind Fakten, die sind schwarz auf weiß zu belegen, dass seit 2003 die Herstellung versteuerter Zigaretten in Deutschland von 143 Mrd. auf 95 Mrd. zurückgegangen ist. Das ist eine enorme Summe.

Und zu meinem Vorredner, der gefragt wurde, ein Hinweis: Alles kann sich die Zollverwaltung vorwerfen lassen, aber die Tatsache, dass sie sich nicht hinreichend bemüht, den Zigaretten Schmuggel zu bekämpfen, das glaube ich nicht. Die Frage ist, wie intensiv man das machen will und welche Ressourcen die Bundesregierung einer Verwaltung dafür zur Verfügung stellt. Das ist eine ganz entscheidende Frage, nicht alles lässt sich mit Technik machen, am Ende der Kette stehen immer Menschen, die das operative Geschäft machen müssen. Auch erfreulich - ich darf das hier erwähnen, weil das bisher auch noch nicht eingebracht wurde – ist die Zusammenarbeit der Europäischen Kommission mit der Zigarettenindustrie im Hinblick auf Prävention, Sicherheit der Lieferketten und so weiter, das sind Dinge, die dafür gesorgt haben, dass die Organisierte Kriminalität nicht noch größer geworden ist, sich nicht noch weiter entwickelt hat als wir es bisher schon erlebt haben. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wir danken Ihnen, Herr Leprich. Wollen Sie, Herr Keller, weil Sie angesprochen sind, das noch ergänzen?

Sv Dr. Peter Keller (Zollkriminalamt): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Mein Name ist Peter Keller, ich vertrete hier das Zollkriminalamt. Jetzt hat mir die Gewerkschaft den Ball schön rüber gespielt. Es hat noch keiner eine Frage an mich gerichtet, ich nehme das aber gleichwohl zum Anlass, zur Situation der illegalen Verbrauchsteuerkriminalität ein paar Fakten auf den Tisch zu bringen. Das Zollkriminalamt untersucht nicht das Verbraucherverhalten und untersucht auch nicht den Schwarzmarkt, sondern wir orientieren uns an den Erkenntnissen, die wir aus den Ermittlungsverfahren gewinnen. Ich bezeichne das immer sehr gern als Hellfeld-Erkenntnisse. Wir müssen ein paar Fakten berücksichtigen, die wir in den Kriminalitätsbildern, ob wir jetzt über Verbrauchsteuer oder andere Kriminalitäten sprechen, immer wieder vor Augen haben. Wir haben erstens einen

Bedarf innerhalb Europas, es gibt also Konsumenten, die sich eine bestimmte Preiskategorie vorstellen, um ihrer Sucht nachzukommen. Das ist das eine Faktum. Das zweite Faktum - und das ist ganz entscheidend -, wir haben ein Verhalten der Täter, die sich ausnahmslos an ihrem eigenen Benefit orientieren, und wenn diese Strukturen - das sind mittlere und organisierte Strukturen innerhalb Europas, allerdings durchaus auch in Drittländern agierend und dazu gehört natürlich in besonderer Weise auch die Bundesrepublik - einen solchen Markt erkennen, den sie bedienen können, um sich selber einen gewissen Profit zu erwirtschaften, dann tun die das. Da können Sie die Preise nach oben oder unten, wie jetzt hier durch die Verbrauchsteuergesetzgebung, anpassen, das wird dazu führen, das ist auch das Ziel des Gesetzes, dass wir innerhalb Europas einen gleichsam einheitlichen Tabaksteuermarkt haben. Das mag dazu führen, dass der Grenzverkehr von Polen nach Deutschland für den Konsumenten nicht mehr die Attraktivität hat. Gleichwohl müssen wir aber davon ausgehen, dass die Täterstrukturen aus Drittländern, mit welchen Methoden auch immer, ob man dort Herstellungsbetriebe hat oder wie wir es aus den arabischen Ländern kennen, da gibt es Zonen, da können Sie legal Zigaretten in Freihandelszonen herstellen und dann verbringen oder Sie verbringen die über Südeuropa, das ist der Kollege, der eben Spanien erwähnt hat, diesen Preismarkt, den die Konsumenten bestimmen, bedienen. Also, wir haben einen Schwarzmarkt, das muss ich konstatieren. Die Bundesregierung und damit die zuständigen Behörden leisten alles Erdenkliche, ihn einzudämmen, das ist schwierig innerhalb Europas. Sie müssen sehen, dass die große Verdrängungspolitik natürlich an der Drittlandsgrenze beginnt. Zu den osteuropäischen Staaten haben wir aber keine Drittlandsgrenze mehr. Ist die Ware einmal hier, ist der Handel natürlich wesentlich erleichtert. Allerdings, die Behörden, und dazu ist gerade die Zollverwaltung besonders aufgefordert, haben ein großes Netzwerk, um ihre Informationen auszutauschen. Da werden sehr viel Ressourcen und Geld ausgegeben, um mit allen Partnerstaaten und auch mit den europäischen Behörden zusammen zu arbeiten. Aber es gibt einen Schwarzmarkt, und den können wir nicht wegdiskutieren, und der wird mit jeder Preisänderung, vor allen Dingen nach oben, in gewisser Weise erneut bedient, weil die Täter sich danach orientieren, wo sie den meisten Gewinn bei möglicherweise wenig Strafrisiko erwirtschaften können. Das mal als globale Betrachtung zur Frage, wie wird sich die Schmuggelentwicklung in den nächsten Jahren ergeben. Vielen Dank. So viel zu den Fragen des Herrn Leprich.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wir danken Ihnen, Herr Keller. Die nächste Frage stellt Frau Kollegin Lips von der Fraktion der CDU/CSU.

Patricia Lips (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, wir hatten in den zurückliegenden Jahren, und wir haben es jetzt bei der einen oder anderen Stellungnahme bereits gehört, verschiedentlich Steuererhöhungen durchaus in größeren Sprüngen gehabt, und dies hat nicht zu den erwarteten Mehreinnahmen geführt, sie wurden von Teilen der Industrie und der Wirtschaft

auch sehr negativ begleitet. Meine Frage richtet sich jetzt an Philip Morris und JTI, was für Sie die Gründe sind, weshalb Sie diesmal die Situation anders einschätzen, und Sie dürfen dabei gerne den Aspekt mit berücksichtigen, über den wir die letzten fünf oder zehn Minuten gesprochen haben. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Herr Lothert bitte für Philip Morris.

Sv Ralf-Wolfgang Lothert (Philip Morris GmbH): Ich fange mal damit an, es ist, glaube ich, unbestritten, dass die Steuererhöhungen 2003 bis 2005, und zwar die sehr großen Steuererhöhungen zu einem Verschieben des Konsums zum illegalen Handel geführt haben. Deshalb ist es folgerichtig zu sagen, dass, wenn eine Steuererhöhung stattfindet, die nur in kleinen Schritten stattfindet und über einen bestimmten Zeitraum hinweg. Das sagen unserer Erfahrungen zumindest auch aus anderen europäischen Ländern, dass das nicht zu einem zusätzlichen Verschieben in den illegalen Handel führt. Was die Tabaksteuereinnahmen betrifft? Vorher sind ja schon ein paar Begriffe gefallen. Das ist die Frage der Elastizität. Die Elastizität berechnet sich richtigerweise nämlich auf das Volumen. So sehen es zum Beispiel auch die WHO und das Framework Convention on Tobacco Control (FCTC)-Abkommen vor, das heißt, wenn Sie ungefähr zehn Prozent an Steuerpreiserhöhung haben, das haben wir über die nächsten fünf Jahre, haben Sie ungefähr vier Prozent Konsum, versteuerter Konsum, weniger in Deutschland. Ich kann nur sagen, da sind die 200 Mill. Euro nach unserer Berechnungsweise noch sehr konservativ gerechnet, sondern es ist eher mit mehr zu rechnen. Nicht mitgerechnet, dass die zusätzlichen Steuererhöhungen aus dem Feinschnittbereich noch oben drauf kommen. Danke.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Vielen Dank, Herr Lothert. Wer übernimmt die Beantwortung von JTI? Frau Lau, bitte.

Sve Heike Maria Lau (JT International Germany GmbH): Ich denke, wenn ich nochmal Bezug nehmen darf auf das, was auch von Herrn Leprich gekommen ist über die dramatischen Verwerfungen bei den letzten Tabaksteuererhöhungen, es ist ganz wichtig festzuhalten: Wenn Sie sich die einzelnen Tabaksteuererhöhungen zwischen den Jahren 2002 und 2005 anschauen, dann reden wir insgesamt von über einem Euro mehr, was auf die Packung draufgekommen ist. Über ein Euro, da braucht man auch kein Wissenschaftler zu sein, um zu verstehen, dass der Konsument in den illegalen Markt geradezu getrieben wird, und das haben wir auch gesehen. Der legale Markt hat damals ein Drittel verloren. Ich wage zu behaupten, dass dieses Drittel nicht zu Nichtrauchern geworden ist, sondern da ist ein sehr, sehr großer Teil in den illegalen Markt gegangen. Hier reden wir nicht nur über den illegalen Zigarettenmarkt, wir reden darüber, dass wir hier die Organisierte Kriminalität als solche unterstützen und die Organisierte Kriminalität ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Warum wir das diesmal etwas anders beurteilen, da können Sie sich einfach die Zahlen anschauen, wir reden gerade mal im selben Zeitraum über eine Erhöhung von noch

nicht mal 50 Cent. Das heißt, wenn man das in moderaten Schritten über mehrere Jahre macht, hat man einfach Möglichkeiten, diese krasse Abwanderung in den illegalen Markt zu verhindern.

Wir denken auch, dass es zu Marktverwerfungen kommen wird, deshalb bin ich auch da beim Zollkriminalamt und auch bei den Gewerkschaften, dass es sehr empfehlenswert wäre, wenn man die Schmuggelbekämpfung etwas ganzheitlicher angehen würde. Wir wissen, Organisierte Kriminalität kümmert sich nicht um Verantwortlichkeiten, die auf verschiedene Ministerien aufgeteilt sind, sondern hier ist es schön, wenn die unterschiedlichen Verantwortlichen in den unterschiedlichen Ministerien enger zusammenrücken, und vielleicht darf ich an dieser Stelle ausdrücklich Herrn Koschyk dafür danken, dass er hier die Zügel in die Hand genommen hat und Selbiges jetzt auf den Weg gebracht hat. Ich darf mich auch nochmal dafür bedanken, dass die Abkommen der Industrie mit Brüssel erwähnt worden sind, denn in der Tat ist das Problem nicht nur ein Deutschlandproblem, sondern es ist ein Europaproblem und ein weltweites Problem. Ich denke, wenn man in Europa so weitermacht, wie wir angefangen haben, wenn man jetzt zunehmend in Deutschland die Ressourcen aus den verschiedenen Ministerien zusammenzieht, dann geht das in die richtige Richtung. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wir danken Ihnen und kommen erneut zur Fraktion der CDU/CSU. Der Kollege Gutting hat das Wort.

Olav Gutting (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich habe Fragen an den Verband mittelständischer Unternehmen der Tabakwirtschaft und zwar, welche Wirkungen ergeben sich aus Ihrer Sicht durch die Einführung dieser Mindestbesteuerungen von Zigaretten und Zigarillos und sehen Sie Alternativen dazu?

Sv Heinrich Villiger (Mittelständische Unternehmen der Tabakwirtschaft e. V. i. Gr.): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, mein Name ist Villiger. Wir sind ein mittelständisches Unternehmen in der Zigarrenindustrie, das Stammhaus ist in der Schweiz. Wir wurden 1888 von meinem Großvater gegründet. In Deutschland sind wir seit 100 Jahren in der Zigarrenbranche tätig. Wir haben in der Gruppe etwa 1 200 Beschäftigte. Von unserem ganzen Umsatzvolumen entfällt etwa 75 Prozent auf die Bundesrepublik Deutschland. Wir haben noch zwei Beteiligungen, wir sind auch beteiligt an den beiden Havanna-Importeuren in der Schweiz und in Deutschland. Wir decken mit unserem Unternehmen das ganze Spektrum der Zigarren und Zigarillos ab. Wir waren übrigens das erste Unternehmen in Deutschland, das vor etwa 20, 25 Jahren diese so genannten Eco-Zigarillos auf den Markt gebracht hat, das ist die unterste Preislage in diesem Segment und dieses Segment stand immer wieder unter Beschuss der gesamten Branche, es ist der Bodensatz vom Preis her gesehen, und es sind Produkte für die Raucher, die nicht in der Lage sind, ein teures Produkt zu kaufen. Es ist eine neue Definitionsänderung in Kraft getreten, auch mit dem Ziel, diese

Produkte aus dem Markt zu eliminieren. Ab 1. Januar dieses Jahres sind diese Fabrikate zu Zigaretten umfunktioniert worden, Deutschland und Ungarn haben noch eine Übergangsfrist von vier Jahren bekommen, und wir sind dem Bundesfinanzministerium dankbar, dass sie das noch für unsere Industrie erreicht haben. Wir haben vier Jahre Zeit, um diese Produktion jetzt umzustellen. Diese Fabrikate waren bisher mit einem sogenannten Rekon-Deckblatt gefertigt, das ist ein rekonstituiertes Material, das ist wirklich eine Produktion, die sehr viel rationeller ist als mit Naturdeckblatt. Wir haben vier Jahre Zeit, um diese Produktion umzustellen auf Naturdeckblatt, das erfordert in unserem Unternehmen eine Investition in der Größenordnung von etwa 10 Mill. Euro, verteilt auf vier Jahre. Das ist ein relativ großer Brocken für ein mittelständisches Unternehmen. Dazu kommt jetzt die Mindeststeuer, die in zwei Phasen eingeführt werden soll, 20 Cent im nächsten Jahr und dann der Sprung auf 25 Cent ab 1. Januar 2013. Wir gehen von einem Gesamtabsatz von Zigarren und Zigarillos von etwa 4 Mrd. Stück aus per annum, und von der Mindeststeuer erfasst werden über 70 Prozent der Produktion in diesem ersten Jahr, im nächsten Jahr und in den Folgejahren etwa 80 Prozent. Die Auswirkungen auf unser Unternehmen haben wir berechnet. Es ist eine ganz erhebliche Steigerung des Tabaksteuervolumens, wir haben bisher per annum 8 Mill. Euro Tabaksteuer abgeführt auf unsere Zigarren und Zigarillos. Im nächsten Jahr bei der Mindeststeuer wird das steigen von 8 Mill. auf 20 Mill. Euro steuerliche Mehrbelastung. Das ist eine Steigerung von 145 Prozent. Das können wir natürlich nicht verkraften, das müssen wir weitergeben an den Konsumenten über Preiserhöhungen pro Packung. Wir gehen von einem Mehrpreis für die 17er-Packung von 40 Cent aus, das ist auch vom Bundesfinanzministerium errechnet worden. Ein Jahr später, wenn dann die Mindeststeuer erhöht wird auf Basis der 25 Cent-Preislage, wird die Mehrbelastung für uns von diesen 8 Mill. Euro auf 25 Mill. Euro steigen, das ist eine Steuererhöhung von 203 Prozent. Wir meinen, dass unsere Branche und vor allem die Hersteller dieser billigsten Preislagen überproportional betroffen werden, wenn Sie die Preissteigerung vergleichen: Pro Zigarettenpackung geht man von vier bis acht Cent aus in den nächsten fünf Jahren, bei uns werden es schon in zwei Jahren 40 und 45 Cent mehr pro Packung sein. Wenn die Konsumenten abwandern, und wo können sie hin abwandern, eigentlich nur zu den nicht in Deutschland versteuerten Zigaretten, dann gehen wir davon aus, dass diese massive Preissteigerung zu einem Absatzeinbruch von 25 bis 30 Prozent führen wird, das hätte bei uns zur Auswirkung, dass wir etwa 200 bis 300 Leute entlassen müssten, es sind also Arbeitsplätze gefährdet. Wir haben einen Vorschlag unterbreitet, ein abweichendes Modell, eine niedrigere Basis für die Mindeststeuer, wir haben vorgeschlagen, die erste Stufe 17 Cent, dann gefolgt zwei Jahre später von 19 Cent und dann nochmal zwei Jahre später von 20 Cent, um das abzufedern, und wir möchten darum bitten, dass dieser Vorschlag zumindest geprüft wird. Danke.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wir danken Ihnen. Frau Dr. Reinemund hat das Wort für die Fraktion der FDP.

Dr. Birgit Reinemund (FDP): Ich möchte nochmal dem Mittelstand das Wort geben, einmal den mittelständischen Unternehmen der Tabakwirtschaft und zum anderen dem Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller. Dieser Gesetzesentwurf beinhaltet ja drei Komponenten, einmal die Tabaksteuererhöhung, zum zweiten den Abbau der Preisspreizung und auch verschiedene Definitionsänderungen hauptsächlich bei den Zigarillos. Ich möchte Sie bitten, noch einmal zu den Auswirkungen auf den Mittelstand und auf die Wettbewerbssituation innerhalb Deutschlands Stellung zu nehmen.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wer macht das, Herr Villiger oder Herr Heim? Herr Villiger bitte.

Sv Heinrich Villiger (Mittelständische Unternehmen der Tabakwirtschaft e. V. i. Gr.): Ich möchte eigentlich nur auf das verweisen, was ich vorhin ausgeführt habe. Es geht uns darum, dass diese Preiserhöhung abgefedert werden kann über einen längeren Zeitraum, genau wie das bei der Zigarette und beim Feinschnitt auch der Fall ist. Sie wissen, dass die Basis für die Steuerberechnung bei der Zigarette und beim Feinschnitt der sogenannte WAP (weighted average price), der gewogene Durchschnittspreis, ist. Früher war das die meist verkaufte Preislage. Unser Vorschlag ist, dass wir auch abstellen bei den Zigarillos und Zigarren auf den sogenannten WAP und dieser gewogene Kleinverkaufspreis beträgt in diesem Jahr bei 17 Cent pro Stück, was ich vorhin als Mindeststeuerbasis vorgeschlagen hatte. Danke.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wir danken Ihnen. Herr Zenner, Sie haben das Wort.

Sv Carsten Zenner (Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e. V.): Danke, Herr Vorsitzender. Für uns war maßgeblich die Erwägung, dass es neben diesen moderaten tarifrechtlichen Schritten über die nächsten Jahre auch wesentlich wichtige strukturelle Änderungen gerade in den Segmenten Feinschnitt, Zigarre, Zigarillo und Pfeifentabak gibt. Wir erwarten, genau wie im Gesetzentwurf in der Begründung angegeben, darüber auch eine gewisse Preiskomprimierung im Gesamtmarkt. Wir erwarten auch eine gewisse Preiskomprimierung innerhalb der einzelnen Teilmärkte des Feinschnittsegmentes, und deswegen sehen wir das als den ersten richtigen Schritt in die Richtung an. Wir haben sicherlich auch für uns als Mittelstand die Aufgabe, eine gewisse Projektion zu haben auch in der Frage der Tabaksteuerpolitik und deswegen ist auch da der richtige Weg, dass es hier einen verlässlichen planbaren Rahmen gibt, der auf fünf Jahre angelegt ist, der uns auch die Möglichkeit gibt, kalkulatorisch gerade in den für uns maßgeblich wichtigen Verhandlungen auch mit dem Kreditgewerbe über Kreditlinien eine Projektion zu haben, einen verlässlichen Rahmen zu haben, und deswegen begrüßen wir auch insgesamt die sowohl tarifrechtlichen als auch strukturellen Vorgaben in dem Entwurf. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wir danken Ihnen, Herr Zenner, und kommen damit zur Fraktion der SPD. Das Wort hat Herr Kollege Binding.

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD): Das Gesetz ist ja sehr stark fiskalisch oder fiskalpolitisch begründet, und es ist normalerweise auch der Steuerbegriff, dass wir Steuern erheben, um die notwendigen Ausgaben des Staates absichern zu können, aber wir haben Beispiele wie Ökosteuer oder Alkopopsteuer, wo wir mit Steuern tatsächlich auch Verhalten oder andere Dinge in den Blick nehmen. Ich möchte gern Herrn Dr. Effertz und Herrn Professor Wiebel fragen. Nachdem jetzt die Zigarettenindustrie dieses Gesetz begrüßt hat, das heißt ja, dass das Gesetz bezogen auf den Absatz keinen Schaden anrichtet, aber mein Interesse wäre es, dass das Gesetz bezogen auf die Gesundheit den Verbrauch insgesamt senkt. In dem Spannungsverhältnis liegen jetzt dieses Gesetz und die Steuer, und ich wollte noch einmal genauer von Ihnen beiden wissen, was passieren würde, wenn wir alle Tabakprodukte gleich besteuern, eine Sache, die mir gut gefiele, weil dann diese ganzen Ausweichreaktionen weg blieben. Und wir haben ja gehört, dass der Feinschnitt möglicherweise ein Ausweichsegment für die Armen ist, da könnte vielleicht etwas passieren, da kommt immer die soziale Komponente hinein. Bei den Zigarren, da geht es dann eher um die Wohlhabenderen, aber um die mache ich mir an dieser Stelle weniger Gedanken. Ob Sie nochmal diesen Effekt der unterschiedlichen Preise im gesamten Tabaksegment, bezogen auf das Verbrauchsverhalten und die gesundheitlichen Wirkungen des Rauchens darstellen?

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank, Herr Effertz bitte.

Sv Dr. Tobias Effertz: Bislang war es immer so, dass bei Steuererhöhungen die reguläre Zigarette und der Feinschnitt in etwa gleich angehoben würden. Das ist ja jetzt anders, jetzt wird der Feinschnitt stärker angehoben, und ich sehe das so, dass die Substitutionsmöglichkeiten, auf Feinschnitt auszuweichen, dadurch gehemmt werden. Das bedeutet auch, dass jetzt aus Sicht der besonders preissensiblen Konsumentengruppen, der Kinder und der ärmeren Schichten, diese Substitutionsmöglichkeit auch nicht mehr so gegeben ist. Das heißt aus meiner Sicht, gerade bei den Kindern wird mit dem Rauchen verstärkt überhaupt nicht angefangen oder das Rauchen auch nicht verstetigt weitergeführt. Das bedeutet auf lange Sicht eben auch gesündere Kinder, gesündere Bürger und damit auch höhere Steuereinnahmen an anderer Stelle.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank, Herr Effertz. Wir kommen zu Herrn Professor Wiebel.

Sv Prof. Dr. med. Friedrich J. Wiebel: Mein Name ist Friedrich Wiebel. Ich spreche für die im Aktionsbündnis Nichtraucher zusammengeschlossenen deutschen Gesundheitsorganisationen. Die Steuerpolitik spielt eine ganz besondere Rolle in der Prävention des Rauchens. Nach Angaben der Weltbank ist damit zu rechnen, dass steuerbedingte hohe

Preise die wirksamste Maßnahme zur Prävention des Rauchens sind. Wenn sich der Preis ungefähr um zehn Prozent erhöht, sinkt der Konsum um vier Prozent. Das wird auch von der Bundesregierung so gesehen. Ich darf Sie erinnern an das Gesetz zum Tabakrahmenübereinkommen vom 19. November 2004. Da hat die Bundesregierung in dem Gesetz anerkannt, dass, ich zitiere: „... preisbezogene und steuerliche Maßnahmen ein wirksames und wichtiges Mittel zur Verminderung des Tabakkonsums in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere bei jungen Menschen, sind.“ Was bedeutet das dann konkret? Das steht auch im Artikel 6 dieses Gesetzes: „... die Umsetzung einer Steuer- und gegebenenfalls einer Preispolitik für Tabakerzeugnisse, um zur Erreichung der Gesundheitsziele beizutragen, die auf eine Verminderung des Tabakkonsums abzielen, ...“. Wir haben hier ganz deutlich ein Zielkonflikt innerhalb der Bundesregierung, und es ist mir schon klar, dass die jetzige Gesetzesvorlage zur Änderung der Steuern abzielt oder sich konzentriert auf die fiskalischen und nicht die gesundheitspolitischen Gesichtspunkte. Aber ich möchte doch zu bedenken geben, dass es auch aus fiskalischer Sicht wünschenswert wäre, wenn - und das wäre eine Lösung - die Steuererhöhung nicht in kleinen Schritten vorgenommen wird, sondern in einem vorgezogenen einzigen Schritt oder vielleicht in vorgezogenen zwei Schritten. Das würde das Preisniveau um etwa zehn Prozent anheben, und Sie haben schon mehrfach gehört, dass der eigentliche Grund, diese Steuererhöhung in diesem Ausmaß nicht vorzunehmen, der Schmuggel ist. Wir haben sehr viel dazu gehört, aber es wird Ihnen vielleicht auch bewusst geworden sein bei den Ausführungen, die wir von den Vertretern des Kriminalamtes und des Zolls gehört haben, dass der Schmuggel ja nicht nur bestimmt wird von dem absoluten Preisgefälle von Tabakwaren zwischen verschiedenen Ländern, sondern dass es sehr viele verschiedene Aspekte gibt, die das Ausmaß des Schmuggels bestimmen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass der Schmuggel zeitweise in Ländern wie Spanien am höchsten war und zwar in einem Land, wo die steuerliche Belastung von Tabakprodukten sehr niedrig war. Selbst in Bulgarien, wo die Zigaretten nur gering versteuert werden, gibt es ein ganz massives Schmuggelproblem, und schließlich habe ich gerade erfahren, dass in Kanada in den Provinzen, in denen niedrigere Steuersätze vorliegen, der Schmuggel am höchsten ist - das liegt an der Nähe der möglichen Schmuggelrouten -, aber relativ gering ist in den Provinzen, in denen höher besteuert wird. Also offensichtlich spielen eine ganze Reihe von Faktoren bei dem Schmuggel eine Rolle. Es ist, wie wir gehört haben, die Kontrolle der Vertriebswege, die Produktionsstätten, der Fahndungsdruck, der Schwarzmarkt, und worauf ich hinaus möchte ist, dass es ganz wichtig ist, dass wir die Maßnahmen zur Bekämpfung des Schmuggels verstärken. Das würde sich auf jeden Fall auch gesundheitspolitisch auswirken, insofern als die Ausweichmöglichkeiten der Jugendlichen und der sozial benachteiligten Schichten geringer werden. Aber ein zweiter, und ich denke, der eigentlich wesentliche Grund dafür, dass die Steuermaßnahmen bei der letzten Steuererhöhung nicht gegriffen haben, ist in der Tat die Ausweichreaktion, und eine wirkliche Angleichung der Steuersätze für die Zigaretten und

für den Feinschnitt würde auch diese Möglichkeit verschließen. Denn so wie es jetzt aussieht, findet zwar eine Annäherung statt, aber man kann keineswegs von einer Angleichung sprechen. Es wird im Gegenteil die Differenz zwischen den Preisen für Zigaretten und Feinschnitt so gehalten, dass Preiserhöhungen bei den Zigaretten abgedeckt, abgepolstert werden durch das Vorhandensein des billigeren Feinschnitts. Also man würde auch fiskalisch sicherlich gewinnen, wenn man jetzt zum nächst möglichen Zeitpunkt die Steuern um zehn Prozent erhöhen würde und dann diesen erhöhten Steuersatz für die weiteren fünf Jahre erhalten würde. Danke.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wir danken Ihnen, Herr Professor Wiebel, und kommen zu Frau Kollegin Lips für die Fraktion der CDU/CSU.

Patricia Lips (CDU/CSU): Ich habe eine Frage, die sich auf Europa bezieht. Wir haben die Situation, dass die Endverbraucherpreise, die Verkaufspreise, also unabhängig von Steueranteilen, teilweise sehr unterschiedlich innerhalb Europas sind. Gleichzeitig, das zeigt auch die Richtlinie, gibt es Bewegungen innerhalb Europas, der EU-Kommission, sich dieses Themas anzunehmen. Meine Frage geht in diesem Fall erneut an Professor Wigger. Wie schätzen Sie die kommende Entwicklung innerhalb Europas in diesem Zusammenhang ein? Und die Frage leicht abgewandelt auch nochmal an die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft: Sie hatten vorhin ausgeführt, wie die Intensität des Schmuggels oder der illegal produzierten Tabakwaren ist, aber vielleicht könnten Sie von Ihrer Seite noch einmal darlegen, was bereits seitens des Staates, der Behörden, aber auch der Wirtschaft nach Ihrer Einschätzung getan wird und wo man auch die Zusammenarbeit innerhalb Europas oder von Deutschland ausgehend verbessern könnte.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Bitte Herr Professor Wigger, Sie haben das Wort.

Sv Prof. Dr. Berthold U. Wigger: Nochmal danke schön. Die Bemühungen innerhalb Europas zielen letztendlich darauf ab, die Tabaksteuerpreise ein Stück weit zu harmonisieren, das heißt genau genommen, nach unten hin Grenzen einzuziehen. Das wird natürlich dazu führen, dass das cross border shopping innerhalb Europas unattraktiver wird. Das ist abzusehen. Das bedeutet natürlich auch, dass wir - darauf möchte ich noch einmal hinweisen - die Elastizitäten, mit denen wir bisher operieren, um etwas auszusagen über die künftige Entwicklung des Steueraufkommens, mit einer gewissen Vorsicht behandeln müssen. Denn die Messung der Elastizitäten hängt natürlich ab von den Ausweichmöglichkeiten, die die Konsumenten haben, und das Kaufen von Zigaretten jenseits der Grenze wird unattraktiver, und das bedeutet im Kern, dass die Tabaknachfrage unelastischer wird und zwar die national messbare Tabaknachfrage. Das zielt letztendlich darauf ab, dass wir eine stabilere Steuerbemessungsgrundlage für die Tabaksteuer haben werden. Das hat aber genau genommen zunächst einmal gesundheitspolitisch keine unmittelbaren Konsequenzen, denn es ist genau genommen gesundheitspolitisch irrelevant,

ob jemand eine teure Zigarette in Land A kauft oder eine billigere Zigarette in Land B. Insgesamt wird der Wettbewerb durch das geringere Steuerpreisgefälle abnehmen und das bedeutet eine stabilere nationale Bemessungsgrundlage.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Vielen Dank, Herr Professor Wigger. Wir kommen zu Herrn Leprich von der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft.

Sv Klaus H. Leprich (Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft): Danke schön, Herr Vorsitzender. Frau Lips, vielen Dank für Ihre Frage. Ich glaube, dass sich in den letzten Jahren im Hinblick auf die Bekämpfung der Kriminalität des Zigarettschmuggels in Europa sehr viel getan hat, und ich fange mal auf der europäischen Ebene an. Es ist in der Tat eine europäische Herausforderung, vielleicht sogar eine weltweite, und die Kommission hat zusammen mit der Zigarettenindustrie ganz erhebliche Maßstäbe gesetzt, und der eingeschlagene Weg ist richtig. Wenn ich die Lieferketten sichere, das heißt die Wege nachverfolgen kann, wie Lieferungen erfolgt sind, wenn ich Maßnahmen treffe, um Produktfälschungen leichter zu erkennen und auch über diese Wege bessere Ermittlungsansätze bekomme, dann ist das sicherlich ein richtiger Weg. Auch die Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF hat sich dort positiv weiter entwickelt, und das Zollkriminalamt in Deutschland spielt in dieser Frage eine herausragende Rolle, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Wo wir sicherlich Verbesserungsmöglichkeiten haben, ist die Frage der Schmuggelbekämpfung auf nationaler Ebene. Hierzu bedarf es gar nicht großer organisatorischer Maßnahmen, sondern das sind Dinge, die man intern sicherlich noch verbessern kann unter Federführung des Zollkriminalamtes, dass man von der Konzeption her sich nochmals ganz intensiv mit der Frage befasst, welche Pakete muss ich schnüren, um wirklich wirksam Schmuggel eindämmen - ich sage extra eindämmen zu können -, denn austrocknen und wirksam zu hundert Prozent bekämpfen wird man diesen Markt nie können. Ich habe vorhin gesagt, wie vielseitig die Problematik ist, und ich glaube, dass das beim Zollkriminalamt gut aufgehoben ist, hier auch konzertiert vorzugehen und auch dem Zollkriminalamt in der Bekämpfung eine stärkere Steuerungsfunktion zu übertragen - gehört nicht hier zur Tagesordnung -, aber ich glaube, das, was die Werthebach-Kommission in den nächsten Tagen bekannt geben wird, kann uns auf diesem Weg unterstützen, und ich glaube, dass es keiner zusätzlichen Maßnahmen bedarf, sondern dass das die Stellräder sind, die der Bundesfinanzminister mit der Zollverwaltung selbst beeinflussen kann.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Vielen Dank, Herr Leprich. Die nächste Frage stellt der Kollege Troost für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE.): Ich würde einmal an den Herrn Leprich die Frage richten: Hat das auch mit zusätzlichem Personal zu tun oder geht es nur darum, organisatorisch etwas umzustellen? Ist genug Personal da oder muss was nachgeschoben werden? Und dann an

Herrn Dr. Keller die Frage: Welche Rolle im Rahmen des gesamten Schmuggels, illegaler Vertrieb, spielt das Internet? Es gibt ja entsprechende Internetseiten, und gibt es da Möglichkeiten vom Zollkriminalamt, das entsprechend zu unterbinden?

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Herr Leprich.

Sv Klaus H. Leprich (Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank Herr Dr. Troost. Ich tue jetzt genau das nicht, was allgemein erwartet wird, dass ich als Gewerkschafter in erster Linie nach mehr Personal schreie. Ich habe das vorhin schon angedeutet. Das ist eine sehr komplexe Geschichte, und ganz am Ende der Kette steht der Mensch, und den brauchen wir, und da haben wir in der Tat nicht genügend Leute auf der Straße an den Stellen, wo wir sie benötigen. Ich glaube, wir haben im Zusammenhang mit der Frage der Luftverkehrssicherheit eine Diskussion bekommen, die das Zollkriminalamt in den letzten Wochen in eine neue Rolle, in eine neue Funktion gebracht hat, weil sich das Bundesfinanzministerium, Herr Koschyk, entschieden hat, dem Zollkriminalamt die Risikoanalyse in diesem Bereich zu übertragen. Ein Schritt, den wir sehr begrüßt haben, eine langjährige Forderung von uns, und ich glaube, dass das jetzt endlich eine positive Geschichte ist. Diese Frage der Risikoanalyse, Kontrolle des grenzüberschreitenden Warenverkehrs, beinhaltet natürlich nicht nur die Frage der Luftverkehrssicherheit, sondern alles, und dazu gehört, auch der Zigarettenschmuggel, und das ist im Seeverkehr, im Luftverkehr, auf der Schiene, auf der Straße, im Binnenschiffsverkehr eine sehr, sehr breit gefächerte und vielfältige Geschichte und es hängt ganz, ganz, ganz viel davon ab, dass es uns gelingt, dass wir im Rahmen des Risikomanagements ein Konzept in die Hand bekommen, dass wir in die Lage versetzt werden als Zöllnerin und Zöllner überhaupt durch Stichproben gezielt und wirksam zu kontrollieren. Nehmen Sie mal den Hamburger Hafen. Dort sind pro Jahr 10 Mill. Container, die eingeführt werden. Bei 10 Mill. Containern können Sie sich auf das Gefühl und das Gespür der Zöllner nicht ausschließlich verlassen, zu sagen, ich nehme mal den Container oder den. Da müssen Sie ganz professionell herangehen und müssen durch ... Ja, früher war das so. Unser gemeinsamer Chef vor vielen Jahren beim Zollkriminalinstitut - so hieß das damals noch - hat mal auf die Frage des Journalisten Leyendecker gesagt, der Zöllner hat dann so ein Blubbern in der Blase, wenn er etwas kontrolliert. Das ist ein schöner Spruch, an den man sich immer wieder erinnern kann, aber hat mit Kriminalistik wenig zu tun, und wir sind heute in der Tat in dem glücklichen Umstand, dass wir mit dem Zollkriminalamt eine Institution haben, die hier jetzt sehr professionell vorgeht, und ich bin auch davon überzeugt, dass das im Rahmen des Risikomanagements auch dann als Produkt und als Bereich für den Zigarettenschmuggel im Rahmen der Risikoanalyse neue Akzente setzt. Da, Herr Dr. Troost, sage ich Ihnen, jetzt brauchen wir Personal und zwar nicht irgendwann, sondern möglichst schnell, denn die Zeit läuft uns weg, wir müssen schnell reagieren, und das hängt auch letztlich zusammen mit einer Standortfrage. Wo gehe ich hin, wo kann ich

am besten Personal gewinnen, um schnell diese Aufgabe dann auch umzusetzen innerhalb der Verwaltung und dann umzusetzen in die operativen Bereiche der Zollverwaltung.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Vielen Dank, Herr Leprich. Herr Keller bitte.

Sv Dr. Peter Keller (Zollkriminalamt): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Um die Frage des Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. zu beantworten: Es ist ja eine öffentliche Anhörung, ich kann Ihnen nicht alle Bekämpfungsansätze präsentieren, um die Täter nicht weiter zu warnen, aber ich kann Ihnen versichern, das Zollkriminalamt als eine Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörde schaut sich natürlich alle Bedrohungsszenarien an, welche Wege haben wir, welche Täterstrukturen haben wir, wie arbeiten die, und dazu gehört natürlich auch der Versandhandel über das Internet. Das ist eine Form, den Schwarzmarkt bedienen zu können. Für den Verbraucher relativ einfach, er bestellt bei irgendeinem Anbieter Zigaretten, das schauen wir uns an, und wir haben schon vor vielen Jahren auf diese moderne Form der Warenbewegung - Bestellen durch das Internet - reagiert und eine eigene Auswerteanalyse-einheit geschaffen, die sich unter anderem, natürlich auch mit anderen Dingen, aber schwerpunktmäßig mit dem Handel über das Internet beim Zigarettenwerb beschäftigt. Ich glaube, da ist das Zollkriminalamt ganz gut aufgestellt.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank. Frau Kollegin Paus hat das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte Herrn Jazbinsek und Herrn Professor Adams nochmal die Möglichkeit geben zu reagieren. Sie haben ja ziemlich viel auch kommentiert, nonverbal oder durch Kopfschütteln oder durch Kopfnicken, und deswegen dachte ich, dürfen Sie das hier auch nochmal verbal tun. Sie hatten angefangen damit, dass man tatsächlich über Steuererhöhungen, wenn sie signifikant sind, Gesundheitspolitik gestalten kann. Jetzt hatten wir eine ziemlich intensive Debatte über das Thema Schmuggel, und man hat ein bisschen den Eindruck gewonnen, dass das, was Sie - oder Herr Jazbinsek, Sie hatten ja auf eine Studie vom Robert-Koch-Institut verwiesen -, sich so zusammengerechnet haben, eigentlich eher fiktiv ist und dass das alles sozusagen im Schmuggel untergegangen ist. Jetzt hat Professor Wiebel aber darauf hingewiesen, dass der Zusammenhang zwischen Steuererhöhung und Schmuggel offenbar nicht so signifikant ist. Sie haben aber gesagt, dass der Zusammenhang zwischen Steuererhöhung und gesundheitspolitischen Ausweichreaktionen schon signifikant ist. Von da her würde ich Sie bitten, das jetzt im Lichte der Diskussion aus Ihrer Sicht nochmal darzustellen, und wenn Sie vielleicht auch noch mit einfließen lassen könnten die gesellschaftlichen Kosten des Tabakkonsums, wie hoch die sind und welche Bedeutung die haben.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Zunächst wurde Herr Jazbinsek gefragt. Also, bitte dann Herr Adams.

Sv Prof. Dr. Michael Adams: Vielleicht erinnern wir uns daran, dass es an sich auch Schmuggelproblematiken geben müsste, wenn die Zigarettenindustrie ihre Preise erhöht, denn es ist die Preisdifferenz zum Ausland, die den Schmuggel treibt. Die Zigarettenindustrie hat die Preise in den letzten Jahren um rund acht Prozent erhöht. Da haben wir keinen Satz von Schmuggel gehört. Das hat natürlich einen Grund, denn diese Schmuggelgeschichte wird hier im Bundestag immer vorgerollt, um Sie von den gesundheitspolitischen Maßnahmen abzuhalten, nämlich über höhere Steuern das Ganze zu steuern. Nochmal: Bei den Kinder an den Hauptschulen ist die Raucherquote doppelt so hoch wie bei den Kindern an den Gymnasien, und das heißt ganz klar, die Unterschicht, um es hart auszudrücken, kann den Marketingpraktiken der Industrie nichts entgegen setzen. Sie wissen alle auch die Gründe. Jetzt kommt es: Wenn Sie jetzt die Steuern erhöhen, gibt es eine überproportionale Reaktion bei den Armen. Deshalb ist die Literatur eindeutig dazu, dass zwar den Armen, die weiter rauchen, die Steuererhöhung wehtut, aber ein größerer Teil der Armen hört auf. Bei den Steuererhöhungen, die wir 2004 gehabt haben, ist die Ausweichreaktion in den Feinschnitt gegangen, und deshalb haben wir die Leute sozusagen am Rauchen gehalten. Deshalb ist im Grunde keine Maßnahme unsozial, wenn Sie Tabaksteuererhöhungen haben, weil Sie diesen Effekt haben. Allerdings, das hat Herr Jazbinsek gesagt, seien Sie vielleicht großzügig, wenn es darum geht, dem Rest verbleibenden Rauchern zu helfen, davon loszuzukommen. Das sind teilweise bis zu sieben Prozent des Haushaltseinkommens, was für Tabak dort ausgegeben wird. Die Kosten des Rauchens sind in der Tat außergewöhnlich, und dieses Produkt ist außergewöhnlich. Das gibt es sonst nicht. Nochmal, zwischen 80 und 90 Prozent der Raucher bereuen es, aufgehört zu haben. Ich glaube, bei der Automobilindustrie, wenn die solche Quoten hätten, würden wir alle nur noch Fahrrad fahren, und das gäbe es gar nicht mehr. Mit anderen Worten, wir haben hier ein Produkt, wo Sie von Kindesbeinen an hineingezogen werden. Dieses Produkt ist mit Suchtverstärkern ganz erheblich angereichert. Das ist die Erfindung von Marlboro, die Ammoniaktechnik, und Sie kommen nicht mehr raus, und Sie hängen dann auf diesem Konsum. Dieser Konsum führt zu den gesundheitlichen Kosten, die ganz erheblich sind. Wir haben das durchgerechnet nach der Krankhausmethode. Sie haben es in meiner schriftlichen Stellungnahme. Die direkten Kosten, nur klinisch, sind 8,6 Mrd. Euro, aber die indirekten Kosten, die damit verbunden sind, dass die Raucher eine Übersterblichkeit haben, dass sie sehr viel früher verrentet werden, dass sie häufiger krank sind, machen einen deutlich höheren Betrag aus. Das ist der sogenannte Humancapital-Approach, da messen Sie, was an Produktivität durch die kränkeren Menschen verloren geht, und das macht 24 Mrd. Euro aus. Wenn Sie das zusammenaddieren, sind Sie bei 33 Mrd. Euro. Das gibt es bei keiner anderen Industrie, dass der Schaden höher als der gesamte Umsatz. Getrieben ist das Ganze von den gesundheitlichen Schäden dieses Produktes. Deshalb, nochmal, haben Sie durch jede Steuererhöhung kurzfristig höhere Einnahmen in der Tabaksteuer, aber es treibt vor allem die Ärmern raus aus diesem Konsum und sie gewinnen dann bei den Kostenersparnissen

von diesen 33 Mrd. Euro. Noch ein allerletzter Satz. Das Schmuggelargument ist für die Industrie entscheidend. Sie wollen sagen, wenn Sie hier die Steuern erhöhen, dann wird einfach vom Ausland eingeführt. Sie haben deshalb Studien gemacht, die Ipsos-Studie und die FieldFacts-Studie, bezahlt von der Industrie, sie haben dann überall Zigarettenschachteln gesammelt, und wir haben das überprüft. Raten Sie, wo sie die gesammelt haben. Natürlich an den Grenzen und in der Pfalz. Dann habe ich mich gefragt, wieso in der Pfalz, ist da etwas Besonderes? Da ist etwas besonderes, da sind nämlich die amerikanischen Stützpunkte, das heißt, man hat an den PX-Läden gesammelt, und da haben wir in der Tat ein großes Problem. Die PX-Läden sind durchlässig. Die Bevölkerung dort besorgt letztlich illegal über die PX-Läden sehr viel Zigaretten, und deshalb wurde dort gesammelt. Das sollte dann ein Bild geben, dass dort fast 23 Mrd. illegal geraucht werden, das sei eine 20-Prozent-Quote von gerauchten Zigaretten, die nicht in Deutschland versteuert sind. Denn diese Studie konnte nur messen, ob es eine deutsche Steuerbanderole gibt. Sie konnte nicht messen, ob es legal oder illegal war. Dann hat ein Sprecher der Zigarettenindustrie oder des Verbandes gesagt, davon sind dann 75 Prozent illegal. Es gibt keinerlei empirische Grundlage dafür. Das wird einfach so behauptet, und es dient letzten Endes immer dazu, diesem Argument, dass im Grunde hier über die Gesundheitspolitik entschieden wird, die Kraft zu nehmen, nämlich zu sagen, es wird geschmuggelt. Das ist einfach nicht der Fall. Es gibt diesen Schmuggel, es ist eine komplizierte Sache, es lohnt sich auch darein zu investieren, um Steueraufkommen zu erzielen, aber nicht in dieser Dimension. Es ist eine Studie, die dazu dient, die Öffentlichkeit hier in die Irre zu führen.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Vielen Dank, Herr Professor Adams. Wir kommen zu Herrn Jazbinsek.

Sv Dietmar Jazbinsek: Sie hatten mich um eine kurze Bemerkung gebeten, vier an der Zahl. Zum einen, da greife ich die Aussagen von Herrn Adams auf, wir brauchen eine unabhängige Studie, das sagte auch schon Herr Keller, zu dem Ausmaß des Schwarzmarkts und des Schmuggelvolumens in Deutschland, nicht eine, die von der Tabakindustrie bezahlt wurde. Im Zusammenarbeit mit so einer Aufarbeitung würde mich persönlich interessieren der Beitrag der Zigarettenindustrie zum Entstehen der Organisierten Kriminalität in Osteuropa, denn da haben wir das Phänomen, was durch die internen Dokumente der Tabakindustrie im Internet sehr deutlich nachweisbar ist, dass es enorme Exporte zum Beispiel nach Lettland, Kaliningrad und anderswo gegeben hat, die darauf hinaus liefen, dass dort die Normalbevölkerung bis zu 100 oder 120 Zigaretten pro Tag, einschließlich der Säuglinge, hätte rauchen müssen, um das wegzupaffen. Das ist natürlich nicht geschehen, die Sachen sind zurückgewandert nach Deutschland mit Wissen der Zigarettenindustrie. Das müsste einmal, sagen wir, kriminal-historisch aufgearbeitet werden.

Dann eine Bemerkung zu der Pflege des Mittelstandes, die hier mehrfach angesprochen wurde. Wir haben mit den mittelständischen Unternehmen der Tabakwirtschaft die aggressivste Fraktion der Tabaklobby, die bis heute über ihre Internetseiten verbreitet, dass Passivrauchen und deren Gefahren ein Mythos darstellen. Wenn Sie sich darüber mal unterhalten wollen, dann schauen Sie doch auf deren Verbandsveröffentlichungen. Das widerspricht allem, was die Gesundheitswissenschaften, die Medizin heute zum Thema Passivrauchen weiß, und an diesen Äußerungen kann sich meines Erachtens ein politisches Gremium, was dem Gemeinwohl verpflichtet ist, nicht orientieren. Das waren die wichtigsten Bemerkungen.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Vielen Dank, Herr Jazbinsek. Herr Kollege Gutting hat das Wort für die Fraktion der CDU/CSU.

Olav Gutting (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich habe eine Frage an den Deutschen Zigarettenverband, und zwar gibt es ja zwei Steuerschritte, einen zum Mai nächsten Jahres und den zweiten dann schon im Januar 2012, und mich würde interessieren, was Sie für Auswirkungen auf den Markt daraus sehen.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Herr Schenk, bitte.

Sv Ad Schenk (Deutscher Zigarettenverband e. V.): Vielen Dank für die Frage. Ich würde gern, wenn Sie mir erlauben, doch noch kurz auf die Darlegung von Herrn Professor Adams und auch von Herrn Wiebel eingehen wollen zum Thema Schmuggel, wobei ich natürlich auch davon überzeugt bin, dass Schmuggel ein sehr komplexes Thema ist. Ich möchte aber, gerade wenn es um die sogenannte Ipsos-Studie geht, in Erinnerung rufen wollen, das ist nicht eine Studie, sondern das ist eine kontinuierliche Erhebung, die über ein unabhängiges Marktforschungsinstitut vorgenommen wird, die – jawohl, das ist richtig - durch den Zigarettenverband, durch die Tabakindustrie, finanziert wird, weil es bis jetzt keine anderen Partner gibt, die sich dem anschließen wollen. Diese Studie ist in ihrer Durchführung und ihren wesentlichen Ergebnissen sehr kritisch untersucht worden sowohl durch das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut, Herrn Professor Straubhaar, wie letzten Endes auch durch den TÜV und das Statistische Bundesamt, und alle sind zu dem Ergebnis gekommen, dass das die einzige Studie ist, die auf einigermaßen verlässliche Art und Weise eine Indikation gibt, keine genaue Berechnung, sondern eine durchaus zuverlässige Indikation gibt, wie viel nicht in Deutschland versteuerte Tabakprodukte in Deutschland konsumiert werden. Wie viel davon legal im Sinne von Grenzgeschäft in das deutsche Hoheitsgebiet verbracht werden, können wir nicht nachvollziehen, das behaupten wir auch nicht. Wir können lediglich an Hand von Banderolen feststellen, wie viel Ware illegal, das heißt aus Drittländern, ohne Steuerbanderolen und zum großen Teil auch unter Verletzung von Markenrechten und Produktstandards in das deutsche Hoheitsgebiet verbracht und dort konsumiert wird. Um dem Ganzen eine Dimension zu geben, auch im Sinne von Rauchern,

denn wir reden immer über 22, 23, 24 Mrd., und nichts läge mir ferner als behaupten zu wollen, ich wüsste, ob es 22, 23 oder 24 Mrd. sind, aber wenn es sich in dieser Größenordnung abspielt, und darauf weist diese Studie hin, bedeutet das, dass sich rund drei Mill. deutsche Konsumenten regelmäßig über im Ausland versteuerte Ware eindecken. Wir können davon ausgehen, weil auch immer wieder das Thema Jugendschutz und Kinderschutz angeführt wird, was ein sehr wichtiges Thema ist auch aus Sicht der Industrie, denn das gehört sicherlich zur licence to operate für die Zukunft, dass wir in Deutschland mit dem gesetzlichen Abgabeverbot an unter 18-jährige ein sehr gutes rechtliches Instrumentarium haben. Wir wissen aber auch, dass die Abgabe von über 20 Mrd. Zigaretten - nicht Deutschland versteuert - außerhalb des geregelten deutschen Einzelhandels stattfindet und dort sicherlich keine Alterskontrollen und keine Abgabekontrollen stattfinden. Wenn Sie mir erlauben, das noch einmal in die Diskussion einzuführen.

Um auf Ihre Frage zum Thema Terminierung zurückzukommen: Es ist ja nicht so, dass wir seitens der Zigarettenindustrie sagen, dieses Steuermodell nehmen wir jubelnd in Empfang, sondern wir glauben, dass wir damit den fiskalpolitischen Interessen der deutschen Regierung Rechnung tragen, und es geht im Wesentlichen dann darum, wie können wir das als Industrie umsetzen, ohne dass es zu weiteren fiskalpolitisch nicht gewollten Verwerfungen kommt, und in diesem Zusammenhang glauben wir, dass diese schrittweise Steuererhöhung über die nächsten fünf Jahre eine sinnvollere und eine marktverträglichere sein wird als diese eklatanten Steuerschritte aus dem Zeitraum 2002 bis 2005. Wir würden uns allerdings wünschen, dass zwischen den einzelnen Schritten jeweils mindestens zwölf Monate liegen. So wie es jetzt in der Vorlage angedacht ist, die erste Anhebung zum 1. Mai 2011 und dann die nächst folgende zum 1. Januar 2012 würde bedeuten, zwei Steuerschritte in sieben Monaten. Dazu muss die Industrie noch damit rechnen, dass im Rahmen der EU-Initiativen das sogenannte low ignition paper, also ein neues abbrandsichereres Papier, gesetzmäßig eingeführt wird in 2011, was auch durchaus noch einmal zu Verkehrsfähigkeitsbeschränkungen von Produkten führen könnte, sodass wir möglicherweise auf Seiten der Industrie mit drei eklatanten Herausforderungen innerhalb von sieben Monaten konfrontiert werden, und insofern würden wir unter diesem Blickwinkel unseren Vorschlag einbringen wollen, dass die Schritte beginnend am 1. April oder 1. Mai 2011, dann aber in Schritten von zwölf Monaten erfolgen.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Vielen Dank, Herr Schenk. Wir kommen zur Fraktion der SPD. Der Fragesteller ist Herr Kollege Lothar Binding. Nein, es wurde gerade geändert, Frau Kollegin Arndt-Brauer, bitte.

Ingrid Arndt-Brauer (SPD): Danke schön, Herr Vorsitzender. Ich hätte noch eine Frage an Herrn Dr. Effertz und an Frau Dr. Uhl vom DGB. Abgesehen von den Steuermehreinnahmen, die vielleicht, wenn wir alle daran glauben, reinkommen werden, interessieren mich doch

noch einmal die gesellschaftspolitischen Auswirkungen. Ich kann mir auch vorstellen, dass die Kinder später anfangen zu rauchen, vielleicht auch nie, wenn sie genug Verstand haben, es dann gar nicht nachmachen oder der Marketingindustrie, wie Sie gesagt haben, nicht aufsitzen. Trotzdem haben wir die Situation, wir reden hier von einem Suchtmittel. Man kann nicht einfach sagen, jedenfalls ist das meine Meinung, wir kürzen den Hartz-IV-Satz, dann sind die Hartz-IV-Empfänger von ihrer Sucht befreit, weil sie es sich nicht mehr leisten können. Wir sind uns innerhalb unserer Gruppe nicht ganz einig, was die unteren Einkommensschichten für Arten von Zigaretten oder Tabakwaren konsumieren. Ich vermute eher Zigaretten, fertig, irgendwo her organisiert, meine Kollegen sagen eher Feinschnitt, und jetzt würde mich interessieren, was hat das Gesetz denn wirklich für Auswirkungen für Leute in der unteren Einkommensgruppe, die es sich eigentlich nicht mehr leisten können mit der Verteuerung? Was machen die wirklich? Gibt es da Untersuchungen, gibt es da Erwartungshaltungen, gehen die in die Kriminalität mit allen Konsequenzen, die wir dann wieder zu reparieren haben oder ändern die dann wirklich ihr Konsumverhalten und hören auf zu rauchen? Vielleicht gibt es da von Ihnen irgendeine Einschätzung.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Frau Uhl bitte.

Sve Susanne Uhl (Deutscher Gewerkschaftsbund): Danke. Ich muss zugeben, dass ich wenig Studien kenne, die etwas anderes sagen als das, was wir auch gerade schon gehört haben bezogen auf die Wirkung der letzten Steuererhöhungen und wie sie eben nicht gewirkt haben. Sie haben nicht dazu geführt, dass Menschen mit geringem Einkommen plötzlich im großen Umfang aufgehört haben zu rauchen, sondern das geht auf die geringen Einkommen, die ohnehin da sind, und wahrscheinlich wird das eher den Anteil am verfügbaren Einkommen steigern, der dann auch aufgebracht wird. Ich würde die Frage nachher gerne nochmal weitergeben. Ich glaube, das weist auch ein bisschen auf das Problem hin. Wir haben gehört, und das sagt die Tabakindustrie auch selbst, dass es eine Lösung ist, die deutlich marktverträglich ist. Dieses Stichwort steht dann ja auch für eine Intention, dass man das Verbraucherverhalten möglichst nicht besonders tangieren möchte, weil die Marktverträglichkeit gewahrt bleiben soll. Das heißt, das ist schon eine Maßnahme, die dann bei den VerbraucherInnen zu höheren Ausgaben führen wird, weil es das Verhalten nicht besonders ändern wird. Bei aller Differenz auch von Seiten der Gewerkschaften zu dieser Steuererhöhung - wo wir sagen, nein, so nicht, auch nicht vor dem Hintergrund dessen, dass bei den Hartz-IV-EmpfängerInnen plötzlich von einer anderen Seite herangegangen wird und so die Verteilungsfrage noch einmal zugespitzt wird für Leute mit geringem Einkommen -, wenn man gesundheitspolitisch herangeht, wo man wahrscheinlich mutiger sein müsste und da auch das gute alte Instrument der Ordnungspolitik viel deutlicher entdecken müsste, wenn das tatsächlich gesundheitspolitisch Wirkung zeigen soll und nicht nur fiskalpolitisch, dann ist das, wie gesagt, an der Stelle mit Fragezeichen zu versehen. Ich würde die Frage gerne noch weitergeben an meinen Kollegen Heilmann.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Herr Heilmann, bitte.

Sv Micha Heilmann (Deutscher Gewerkschaftsbund): Ich glaube, es wird in der unteren Einkommensschicht wie bisher auch Ausweichreaktionen geben. Wenn man nicht das Rauchen aufgibt und man weiter rauchen möchte, wenn man sich im Zweifelsfall dafür entscheidet, dann wird man gucken, wo man preiswertere Sachen herkriegt, und die Wege liegen auf dem Tisch, und da zu erwarten, dass Leute mit knappen Einkommen im Sinne eines rationalen Verhaltens sagen, das ist jetzt zu teuer, ich muss mit meinen Hartz-IV-Sätzen auskommen, dann rauche ich nicht mehr, ist, glaube ich, angesichts der schwierigen Situation, in der sich solche Menschen befinden, ein frommer Wunsch, vielleicht auch moralisch gewünschtes Verhalten, aber nicht wirklichkeitstauglich. Ich kenne keine validen Untersuchungen, sondern das ist - wir haben bei uns in den Gewerkschaften durchaus auch Leute, die sich in den Einkommensschichten bewegen -, wenn Sie so wollen, Erfahrungswissen.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank. Herr Effertz bitte.

Sv Dr. Tobias Effertz: Ich habe in den vorbereitenden Untersuchungen zu dieser Ausschusssitzung feststellen können, dass insbesondere die unteren Einkommensschichten sehr, sehr preissensitiv sind. Sie können das sehen, dass im Zusammenhang beispielsweise mit der Arbeitslosenrate gerade das Steueraufkommen aus dem Feinschnittbereich bei höherer Arbeitslosenquote steigt. Das als ein Beleg zu den anderen Belegen, die wir auch haben aus der Literatur, dass diese unteren Einkommensschichten besonders preissensibel sind, und wie ich bereits schon in einer Antwort vorher gesagt habe, war es bislang immer so, dass die Preisstrukturen der Produkte auch bei Steuererhöhungen im Wesentlichen immer gleich geblieben sind. Das heißt, wenn Sie jetzt aufgrund dieses Änderungsvorschlages den Feinschnitt stärker besteuern, haben Sie geänderte Möglichkeiten auszuweichen. Das heißt, bei der Preissensitivität der unteren Einkommensschichten werden einige aufhören, weniger werden ausweichen auf dieses Substitut Feinschnitt, weil die Preise nicht in dem Maße zurückbleiben, sondern stärker angezogen werden, und natürlich besteht auch ein Anreiz, andere Zigaretten, nicht in Deutschland versteuerter Art vielleicht, nachzufragen, aber ich halte diesen Effekt für maßlos übertrieben in den Studien, die wir dazu kennen. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wir danken Ihnen, Frau Reinemund hat das Wort für die Fraktion der FDP.

Dr. Birgit Reinemund (FDP): Ich möchte das Thema nochmal wechseln und zwei Verbänden die Möglichkeiten zur Stellungnahme geben, die noch nicht die Chance hatten. Das ist einmal der Bundesverband der Zigarrenindustrie und der Verband der deutschen Rauchtabakindustrie. Mich würde nochmal interessieren, wie speziell Ihre Branche

betroffen ist von den geplanten Gesetzesänderungen und welche Auswirkungen sie auf Ihren Geschäftsbereich haben.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wer übernimmt die Beantwortung für den Bundesverband der Zigarrenindustrie? Herr Mehrlein, oder?

Sv Bodo Mehrlein (Bundesverband der Zigarrenindustrie e. V.): Wie wir schon in unserer Stellungnahme geschrieben haben, sind wir von den Einführungen der Mindeststeuer nur zu zehn Prozent unserer Produkte betroffen, und der Rest betrifft in erster Linie, wie Herr Villiger, mein Vorredner, gesagt hatte, den Bereich der Eco-Zigarillos. Die Auswirkungen sind in der Begründung des Gesetzes dargestellt mit Preissteigerungen von 40 Cent beziehungsweise 20 Cent im weiteren Schritt. Insofern sind unsere Produkte, die von der mittelständischen Industrie hergestellt werden, nur zu zehn Prozent betroffen.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank. Herr Marx.

Sv Franz Peter Marx (Verband der deutschen Rauchtabakindustrie e. V.): Vielen Dank für die Frage. Wir haben im Feinschnittbereich zwei Komponenten. Wir haben einmal die Komponente Tabaksteuererhöhung in fünf Schritten, und wir haben eine zweite Komponente, das ist die Einführung des Gesamtsteuermodells. Das bedeutet, dass die unteren Preislagen höher besteuert werden im Rahmen dieses Modells, und hier ist abzuwarten, wie sich der Markt verhalten wird. Wir haben einen sehr hohen Preiswettbewerb in diesem Markt, und es ist nicht auszuschließen, dass hier Absatzrückgänge zu sehen sind. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wir danken Ihnen und kommen zu Frau Kollegin Lips für die Fraktion der CDU/CSU.

Patricia Lips (CDU/CSU): Ich möchte vielleicht direkt bei Ihnen nochmal einsetzen. Wir haben, was das Thema insbesondere Feinschnitt anging, auf der einen Seite festgestellt, dass fiskalisch die Art der Gesetzgebung eher von Vorteil ist gegenüber früheren Steuererhöhungen, eher zu einer Stabilisierung beitragen kann. Wir haben auch im Zusammenhang mit cross border gesehen, dass eine solche Geschichte eher von Vorteil ist, Stichwort steuerliche Belastung Feinschnitt in diesem Bereich. Wir haben aus dem Gesundheitsbereich Stellungnahmen gehabt. Sie sagen, das ist zwar hart für die Betroffenen, aber mir ist das Thema Gesundheit am Ende so viel wert, dass ich diese Härte lieber übertragen möchte, so habe ich es jedenfalls verstanden, um am Ende mehr zu haben, die vielleicht ganz aufhören oder gar nicht erst anfangen zu rauchen, auch aus dem gesundheitlichen Aspekt zumindest, die eine oder andere Stellungnahme geht ja in diese Richtung, und wir haben als Drittes diesen sozialpolitischen Bereich. Herr Marx, ich glaube Sie hatten in der Stellungnahme davor das Stichwort „Puffer“ oder „Puffereffekt“ bemüht. Es

geht ja nicht darum, eine Angleichung herbeizuführen, sondern eine Verringerung in der Spreizung. Wenn Sie vielleicht mit Ihren Worten noch einmal eine Erläuterung finden, was Sie auch mit diesem Puffereffekt in dem Ausgleich gemeint haben, und dann möchte ich, denn er hat bei den Stellungnahmen davor das eine oder andere Mal mit seinem Kopf geschüttelt oder gezuckt, den Herrn Lothert von Philip Morris ansprechen auch unter dem Thema Schmuggel, Mindeststeuersatz, Feinschnitt, alles, was die Herren davor auch angebracht haben, weil Sie unmittelbar davon betroffen waren.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Zunächst Herr Marx bitte.

Sv Franz Peter Marx (Verband der deutschen Rauchtabakindustrie e. V.): Vielen Dank. Der Begriff Puffereffekt hat sich also fiskalisch auch etabliert. Was ich eben schon sagte eingangs der Sitzung, die Belastungsfähigkeit von Zigarette, Feinschnitt, Pfeifentabak, Zigarre, Zigarillos ist unterschiedlich. Das heißt, der Konsument, was hier auch zur Sprache kam, entscheidet letztlich, welches Produkt er nimmt, und wenn ihm die Zigarette zu teuer wird, um es mal ganz einfach zu sagen, geht er möglicherweise in ein anderes Produkt hinein, das kann der Feinschnitt sein, da würde sich der Puffereffekt zeigen, weil es sich um ein legal in Deutschland versteuertes Produkt handelt, oder er geht in den cross border sales hinein oder möglicherweise in den Schmuggel. Von daher sagen wir, der Puffereffekt hat eine fiskalische Wirkung, indem das Tabaksteueraufkommen gesichert wird.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Vielen Dank, Herr Marx. Herr Lothert, bitte.

Sv Ralf-Wolfgang Lothert (Philip Morris GmbH): Ich fange mit dem Thema von Herrn Marx gleich an. Ich glaube, die Erhöhungen zum Feinschnitt, wie sie hier vorgesehen sind, die keine Gleichbesteuerung vorsieht, sondern eine Angleichung, erhält auch den Puffereffekt, die Preisspreizung ist dann zwar geringer, aber es ist immer noch eine Möglichkeit gegeben, auf dieses Produkt zuzugreifen. Zweitens, muss man sich, was hier früher schon angesprochen worden ist, auch noch vergegenwärtigen, dass durch die EU-Direktive die Preise und die Steuern in den Nachbarstaaten Polen, Tschechien steigen werden. Das Schöne an diesem Modell ist hier in Deutschland, dass die Preise und Steuern in Polen, Tschechien überproportional steigen werden zu denen in Deutschland. Das heißt, es wird im Prinzip im Ausland die Ware verteuert. Das hilft hier dazu, dass es weniger illegalen Handel gibt, hilft aber auch dem Puffereffekt.

Zur Frage der Mindeststeuer, die hier angesprochen worden ist bezüglich der sogenannten Eco-Zigarillos, können wir das nur unterstützen. Eco-Zigarillo ist - dass man es sich vergegenwärtigt - nicht die klassische Zigarillo, wie man sie sich so vorstellt, sondern das sind 17 Stück für 1,15 Euro, die verkauft werden wie Zigaretten etc., die an sich grundsätzlich nicht viel mit Zigarillos zu tun haben. Deshalb ist die Angleichung, hier die Mindeststeuereinführung, vernünftig. Jetzt gibt es eine Preisanpassung, Steueranpassung um

40 Cent, aber auch dort muss man sagen, von 1,15 Euro 40 Cent hinauf, dann ist es auf 1,55 Euro, das heißt, es ist auch kein besonders teures Produkt.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Vielen Dank, Herr Lothert. Möchten Sie, Herr Bargon, von Reemtsma Cigarettenfabriken noch ergänzen?

Sv Alexander Bargon (Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH): Wir halten insgesamt die vorgeschlagenen Steuertarifänderungen über die ganzen Produktgruppen hinweg für sehr gut ausgewogen. Es ist so, dass natürlich alles höher belastet wird, aber es wird über die Produktgruppen hinweg aus unserer Sicht vernünftig gemacht, und dazu gehört auch, wie Herr Lothert gerade sagte, die Eco-Zigarillo-Erhöhung, es gehört die Einführung der Mindeststeuer auf einer anderen Basis bei Feinschnitt dazu, und insofern glauben wir, dass das ein wohlüberlegter und gut durchdachter Vorschlag ist, den wir dann auch mittragen können.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen von Kolleginnen und Kollegen vor, doch, Frau Kollegin Paus möchte noch, bitte Frau Kollegin Paus.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte noch einmal das Thema Feinschnittsteuersatz ansprechen. Herr Dr. Effertz, Sie hatten ja tatsächlich dieser leichten Anhebung auch eine gewisse gesundheitspolitische Wirkung zugesprochen. Das hätte man jedenfalls ein bisschen heraus interpretieren können. Professor Dr. Adams, ich würde Sie nochmal bitten, aus Ihrer Sicht etwas dazu zu sagen und vor allen Dingen im Vergleich dazu, wenn man den Feinschnittsteuersatz tatsächlich anheben würde auf den von sonstigen Zigaretten, weil Sie mehrfach darauf hingewiesen haben, dass da das besonders zentrale Problem - das gesundheitspolitische - liegt und Sie dieser Angleichung einen sehr hohen gesundheitspolitischen Effekt zugesprochen haben, wenn Sie gesundheitspolitisch argumentiert haben. Um das noch kurz zu kontrastieren, würde mich auch die Haltung der MUT (Mittelständische Unternehmen der Tabakwirtschaft) interessieren. Es wurde eben gesagt, wenn das passiert mit dem Feinschnitt, dann geht man davon aus, dass sich tatsächlich viele überlegen werden, nicht mehr zu rauchen, also ein starker Nachfrageeffekt dadurch ausgelöst wird. Würden Sie das auch so sehen? Mit welchen Nachfrageausfällen würden Sie in diesem Fall rechnen, wenn der Feinschnitt den gleichen Steuersatz hätte wie Zigaretten?

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Bitte, Herr Professor Adams.

Sv Prof. Dr. Michael Adams: Ich hatte die Ehre, damals bei der perhorreszierten Tabaksteuererhöhung 2003 auch als Sachverständiger geladen zu sein. Ich habe damals gesagt, Sie werden erleben, dass der Nachfragerückgang bei Kindern 36 Prozent beträgt und

zwölf Prozent bei den Rauchern, aber steigende Steuereinnahmen. Bei den Kinder hat die Nachfrage auch dank anderer Maßnahmen um rund 40 Prozent abgenommen. Bei den Steuern hat es natürlich einen entscheidenden Effekt gegeben, das war die Verlagerung hin zum Feinschnitt. Wir hatten damals darauf hingewiesen, dass das auf keinen Fall gemacht werden kann, denn angesichts dieser Steuererhöhung würde sich dieser Sektor sehr stark ausdehnen, und wenn man das Ganze darunter sieht, dass wir ein Marktversagen haben, wie gesagt, 90 Prozent Konsumenten, die es bereuen, das ist kein Markt, der erfreulich ist, und aus diesem Grunde versuchen die USA praktisch das Rauchen zurückzudrängen und haben es teilweise auf Raucherquoten bei der Bevölkerung von vier Prozent geschafft in einzelnen Gebieten der USA. Also noch einmal, das Ganze ist ein Tor dafür, billig weiter zu rauchen, billig Weiterrauchen hat die entsprechenden gesundheitlichen Effekte. Es wurde immer gesagt, Sie haben auch hier wieder das Abpuffern, was der Vertreter von Philip Morris gesagt hat, ist richtig, dank der EU ist dieser Effekt nicht so stark, so dass die Befürchtungen, die beim letzten Mal auch eingetreten sind, hier nicht eintreten werden. Trotzdem ist die Empfehlung, wenn Sie es unter gesundheitlichen Gesichtspunkten sehen, hier den Feinschnitt auf das Niveau der normalen Zigaretten zu heben, denn es ist der Stoff, den die Raucher suchen, es ist das Nikotin, und hier ist eine Quelle, wo sie sie billig darankommen. Wenn Sie die gesundheitlichen Aspekte berücksichtigen, wäre eine Gleichstellung mit der Zigarette das Richtige. Noch ein Hinweis zum schrittweisen Vorgehen: Das klingt natürlich marktschonend, heißt aber, die Leute sollen weiter rauchen. Das ist natürlich jetzt nicht meine Position, denn sie sollten damit aufhören, weil sie es eben auch so bereuen. Das heißt, wenn, sollte man diesen Schritt auf einmal machen. Die Zigarettenindustrie hat ja beklagt, das sei mit sehr hohen Kosten verbunden, das sind natürlich steuerlich abzugsfähige Kosten, und das heißt, es verschwindet in einer echten volkswirtschaftlichen Verschwendung. Es steht kein Mehrertrag gegenüber, deshalb mein Vorschlag, machen Sie es in einem Schlag, und machen Sie es sofort, dann haben Sie auch jetzt das Geld, und Sie haben den typischen Verzögerungseffekt gesündere Bürger.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Besten Dank, Herr Villiger, bitte.

Sv Heinrich Villiger (Mittelständische Unternehmen der Tabakwirtschaft e. V. i. Gr.): Die überproportionale Erhöhung der Mindeststeuer bei Zigarillos: Es ist immer die Frage, wie grenzen wir ab? Eco-Zigarillos sind auch Zigarillos. Sie haben einfach statt eines Naturblattes ein rekonstituiertes Deckblatt, und wir glauben nicht, dass der Konsument unterscheidet zwischen sogenannten normalen Zigarillos und Eco-Zigarillos. Diese hohe Mindeststeuer wird zu einer signifikanten Preiserhöhung führen. 40 Cent Preiserhöhung pro Packung, das wird zu einem Absatzeinbruch führen, und wir gehen davon aus, dass wir Mitarbeiter entlassen müssen, wenn das zum Gesetz wird. Danke.

Vorsitzender Dr. Volker Wissing: Wir danken Ihnen und sind damit am Ende der heutigen Anhörung angekommen. Ich darf mich herzlich bedanken bei allen Sachverständigen, die uns ihre Expertise zur Verfügung gestellt haben, wir werden das bei den weiteren Beratungen berücksichtigen und möchte noch berichtigen, dass ich eingangs irrtümlich gesagt habe, der Abschluss sei für Freitag vorgesehen. Die Tagesordnung für das Plenum sieht inzwischen die zweite und dritte Lesung für Donnerstagabend dieser Woche vor. Ich darf Ihnen jetzt einen guten Nach-Hause-Weg wünschen und den Kolleginnen und Kollegen noch eine gute Sitzungswoche. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 9.56 Uhr

Ha/Sa/Pr